

Rechtsschutz-Versicherung für Eigentümergemeinschaften

ARAG

Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2019

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "Rechtsschutz für Eigentümergemeinschaften v.5"

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich?

Diese Police versichert den Rechtsschutz, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten in den unten aufgeführten Fällen notwendig sind.



Was ist versichert?

BASISLINIE UND KOMPLETTLINIE:

- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten/Zu widerhandlungen
- ✓ Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten
- ✓ Beantragung von Schadenersatz
- ✓ Vertragsstreitigkeiten mit einer Obergrenze von € 5.000 pro Versicherungsfall für Streitigkeiten um die Renovierung von Immobilianteilen im Gemeinschaftseigentum
- ✓ Arbeitsstreitigkeiten
- ✓ Streitigkeiten zur Eintreibung der Eigentümerbeiträge, in der BASISLINIE beschränkt auf 2 Fälle pro Versicherungsjahr und mit einer Obergrenze von € 5.000 pro Versicherungsfall
- ✓ Streitigkeiten wegen Verstößen gegen die Hausordnung oder gegen Gesetze
- ✓ Streitigkeiten im Zusammenhang mit dinglichen Rechten
- ✓ Anfechtung von Beschlüssen der Eigentümerversammlung
- ✓ Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit mit einer Obergrenze von € 1.000
- ✓ Abwehr von Schadenersatzforderungen Dritter für Schäden, die von Haustieren verursacht wurden.
- ✓ Sicherheitspaket
- ✓ Telefonische Beratung ARAGTEL.

Die Police stellt verschiedene Höchstbeträge pro Versicherungsfall zur Auswahl: € 20.000 mit einer Obergrenze von € 80.000 pro Versicherungsjahr, € 30.000 mit einer Obergrenze von € 80.000 pro Versicherungsjahr, € 40.000 mit einer Obergrenze von € 100.000 pro Versicherungsjahr, € 50.000 mit einer Obergrenze von € 120.000 pro Versicherungsjahr.



Was ist nicht versichert?

- ✗ Steuer- und Verwaltungssachen
- ✗ nicht-zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung
- ✗ Kauf bzw. Verkauf und Inzahlungnahme von Immobilien
- ✗ Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, dem Um- und Neubau von Gebäuden, einschließlich damit zusammenhängende Streitigkeiten über die Lieferung und den Einbau von Materialien und/oder Anlagen
- ✗ Streitigkeiten zwischen Versicherten, die nicht Versicherungsnehmer sind
- ✗ Beitritt zu einer Class Action
- ✗ Maßnahmen zur Beschaffung der notwendigen Kataster- und/oder Meldedaten zur Führung des Eigentümerverzeichnisses (RAC);
- ✗ Streitigkeiten mit der Gesellschaft

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Ausschlüsse findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

- ! Der Versicherungsschutz gilt erst ab einem Streitwert von € 500 für Vertragsstreitigkeiten und für die Eintreibung von Eigentümerbeiträgen und von € 250 für den Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Geldstrafen
- ! Es ist eine Karenzzeit von 90 Tagen für Vertragsstreitigkeiten vorgesehen. Während dieser Zeit gilt die Police nicht für diese Art von Streitigkeiten.

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Einschränkungen findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Wo gilt der Versicherungsschutz?

- ✓Versichert sind Sie im Falle von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden, von Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche sowie von Strafverfahren für Versicherungsfälle, die sich in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten ereignen, sofern sich das zuständige Gericht, vor dem vorgegangen wird, in diesen Ländern befindet. In allen anderen Fällen gilt der Versicherungsschutz für Versicherungsfälle, die sich in der italienischen Republik, im Staat der Vatikanstadt und in der Republik San Marino ereignen und dort verhandelt werden.
- ✓Nicht versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die außerhalb der genannten Länder eintreten.



Welche Pflichten habe ich?

Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.



Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie muss bei Ausstellung der Police und bei deren Verlängerung bezahlt werden. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienerrhöhung um 4% mindestens aber um € 5. In diesem Fall werden die Raten zu den halbjährlichen Fälligkeiten bezahlt. Bezahlen können Sie mit Bank- oder Postüberweisung, nicht übertragbarem Bank-, Zirkular- oder Postscheck, Posterlagschein, Postanweisung, Bargeld, Kredit- und Debitkarten.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie und eventuelle Zusatzleistungen bezahlt wurden; anderenfalls beginnt er um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr.



Wie kann ich die Police kündigen?

Wenn Sie den Vertrag kündigen wollen, schicken Sie die Kündigung mindestens 30 Tage vor Fälligkeit der Versicherung per Einschreiben an das Postfach 61 - 26100 Cremona (CR) oder per Fax.

Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Kündigungsfrist von mindestens 15 Tagen per Einschreiben mit Rückantwort, rechtlich gleichwertigen Mitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.



Rechtsschutzversicherung für Eigentümergemeinschaften

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden

Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: " Rechtsschutz für Eigentümergemeinschaften V.5 "

Letzter veröffentlichter Stand dieses Dokuments 07/2019

Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden, damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, die vertraglichen Verpflichtungen und die Vermögenslage des Unternehmens besser verstehen kann.

Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Generalvertretung und Direktion für Italien: Verona, Viale del Commercio, 59, 37135. Tel.: 045 8290411 - Fax: 045 8290449.

Internet: www.arag.it - E-Mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it

Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN ZULETZT GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2018.

Gesamtbetrag der Eigenmittel: € 451 Millionen, berechnet nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen (HGB) und nach den in Deutschland geltenden Bestimmungen.

- Anteil der Eigenmittel in Form von Gesellschaftskapital: € 100 Millionen;
- Anteil der Eigenmittel in Form nichtversicherungstechnischer Rücklagen: € 319 Millionen.

Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist auf der Webseite <https://www.arag.de/service/infos-und-news/blaetterkataloge/?catalog=arag-se-en-sfcr-2017> verfügbar.

Höhe der Solvenzkapitalanforderung (SCR): € 358 Millionen;

Höhe der Mindestkapitalanforderung (MCR): € 160 Millionen;

Höhe der anrechenbaren Eigenmittel: € 1.196 Millionen;

Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2018: 334,1 %. Dieser Index, berechnet auf der Grundlage der Bestimmungen über die angemessene Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (sog. Solvency II Richtlinie), ist das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und dem Solvency Capital Requirement (SCR), also jenem Kapital, das im Unternehmen vorhanden sein muss, um hohe, unerwartete Verluste ausgleichen und eine angemessene Sicherheit für die Versicherten gewährleisten zu können.

Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, zu dessen Verwendung die Gesellschaft von der deutschen Versicherungsaufsicht (BaFin) ermächtigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.



Was ist versichert?

Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die in den Informationen über das Versicherungsprodukt und dessen Leistungen geliefert werden. Das Ausmaß der Leistungsverpflichtung des Unternehmens hängt von den Höchstbeträgen ab, die mit dem Versicherungsnehmer vereinbart werden.




Was ist NICHT versichert?


Ausschlüsse

Neben den in der Produktinformation bereits genannten Ausschlüssen, besteht kein Versicherungsschutz:

- für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht;
- für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung sowie Besitz oder Verwendung

	<p>radioaktiver Substanzen. Weiter besteht kein Versicherungsschutz für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen;</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Besitz oder dem Führen von Kraft-, Wasser- oder Luftfahrzeugen; • für vorsätzlich begangene Straftaten der Versicherten; • für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme von Fahrzeugen; • für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.
--	--

 Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?	
<p>Neben den in der Produktinformation bereits genannten Einschränkungen, sieht die Versicherung folgende Deckungsgrenzen vor:</p> <p>Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit, weil diese inaktiv ist, mit einer Obergrenze von € 1.000. Der Versicherungsschutz ist nicht wirksam, wenn die Haftpflichtversicherungspolice aus folgenden Gründen nicht aktiviert werden konnte: weil die Prämie nicht bezahlt oder die Prämienanpassung nicht vorgenommen wurde; weil der Schaden nicht rechtzeitig gemeldet wurde; weil der gemeldete Sachverhalt nicht abgedeckt war.</p> <p>In der Basislinie wird der Versicherungsschutz begrenzt auf zwei Schadenfälle erbracht, die in jedem Jahr eintreten, mit einer Obergrenze von € 5.000 pro Schadensfall.</p> <p>Die Versicherung sieht ausdrücklich Regressmaßnahmen gegenüber dem Versicherungsnehmer/Versicherten für die Beträge vor, die von der Gesellschaft getragen oder vorgestreckt wurden, sofern sie von der Gegenpartei ersetzt werden.</p>	

 Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat das Unternehmen?	
<p>Was ist im Schadensfall zu tun</p>	<p>Schadensmeldung: Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, und auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist. Der Versicherte kann neue Schadensfälle melden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • per E-Mail an die Adresse denunce@arag.it unter Verwendung der Vorlage, die auf der Webseite www.arag.it verfügbar ist; • auf dem normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR); • per Fax an die Nummer +39 045.8290 557. <p>Für die anschließende Schadenbearbeitung (Schriftwechsel bezüglich bereits eröffneter Schäden), kann er die E-Mail-Adresse sinistri@arag.it, die Fax-Nummer +39 045.8290 449 und den normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR) verwenden.</p> <p>Die Schadensmeldung muss bei der Gesellschaft spätestens 24 Monate nach Beendigung des Vertrages eingehen.</p> <p>Direkte Betreuung/Betreuung unter Rahmenvereinbarungen: Einige Leistungen können für den Versicherten direkt von Sachverständigen oder Anwälten erbracht werden, die mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.</p> <p>Schadenbearbeitung durch andere Unternehmen: Die Schadenbearbeitung wird nicht an andere Gesellschaften abgegeben.</p> <p>Verjährung: Das Recht auf die Schadensmeldung verjährt in 2 Jahren ab dem Tag, an dem sich der Vorfall, aus dem sich der Anspruch ergibt, ereignet hat.</p>
<p>Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen</p>	<p>Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.</p> <p>Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.</p> <p>Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.</p>
<p>Pflichten des Unternehmens</p>	<p>ARAG zahlt die versicherten Kosten innerhalb von 30 Tagen ab Festlegung des geschuldeten Betrags.</p>



Wann und wie muss ich bezahlen?

Prämie	<ul style="list-style-type: none"> - Die Bezahlung muss mit den von den geltenden Bestimmungen zugelassenen Zahlungsmitteln erfolgen. Die Prämie und der Höchstbetrag sind an den "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte" gebunden, der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Die für die Versicherung bezahlte Prämie unterliegt dem derzeit gültigen Steuersatz in Höhe von 21,25% der Jahresprämie. - Die Möglichkeiten einer Ratenzahlung und die entsprechenden wirtschaftlichen Bedingungen sind in der Produktinformation beschrieben. - Es ist keine Verwendung von Multilevel-Marketing-Techniken vorgesehen.
Erstattung	Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> - Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr. - Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten: während der Laufzeit der Police, sofern es sich um die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden, um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter, um Strafverfahren und um Berufung oder Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen handelt; in allen anderen Fällen 3 Monate nach Vertragsbeginn.
Aussetzung	Die Möglichkeit einer Aussetzung der Versicherungsleistungen ist nicht vorgesehen.



Wie kann ich die Police kündigen?

Sinnesänderung nach Abschluss	Es ist kein Widerrufsrecht nach Vertragsabschluss vorgesehen.
Lösung	Es sind keine Fälle der Vertragslösung vorgesehen.



An wen wendet sich dieses Produkt?

Kunde ist die Eigentümergemeinschaft.



Welche Kosten muss ich tragen?

Der Anteil, der im Durchschnitt von dem Versicherungsunternehmen an die Vermittler abgetreten wird, belief sich nach den buchhalterischen Aufzeichnungen im Geschäftsjahr 2018 auf 27,47 % der Nettoprämie.

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?

Bei der Versicherungsgesellschaft	<p>Eventuelle Beschwerden müssen schriftlich bei der zuständigen Funktion der Gesellschaft eingereicht werden:</p> <p>ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia – Servizio Reclami, Viale del Commercio 59 – 37135 Verona VR, Fax +39 045.8290499, E-Mail servizio.reclami@arag.it.</p> <p>ARAG ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde zu antworten.</p> <p>Beschwerden über das Verhalten der Agenten und deren Angestellten/Mitarbeiter, deren sie sich zur Versicherungsvermittlung bedient, wird ARAG innerhalb der Maximalfrist von 45 Tagen direkt bearbeiten. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls zusätzliche Ermittlungen notwendig sind.</p>
--	--

	Beschwerden über das Verhalten anderer Vermittler (Banken und Broker) sowie deren Angestellter/Mitarbeiter, können direkt an diese gerichtet werden und müssen auch von diesen selbst bearbeitet werden. Erhält ARAG Beschwerden dieser Art, wird sie diese an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.
Bei der Aufsichtsbehörde	Sollte der Kunde mit dem Ergebnis seiner Beschwerde nicht zufrieden sein oder sollte er innerhalb der vorgesehenen Maximalfrist keine Antwort erhalten, kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden: IVASS, Via del Quirinale 21 - 00187 Rom, Fax 06.42133206, pec: ivass@pec.ivass.it . Info unter: www.ivass.it Es sei darauf hingewiesen, dass ARAG SE ihren Geschäftssitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat (Deutschland) hat und in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig ist. Sie untersteht deshalb der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an die eventuelle Beschwerden gerichtet werden können.
VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:	
(obligatorische) Mediation	Anrufung einer Mediationsstelle, die in der entsprechenden Liste des Justizministeriums aufgeführt ist, die auf der Webseite www.giustizia.it verfügbar ist. (Gesetz 9/8/2013, Nr. 98)
Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung	Durch Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei der Gesellschaft.
Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten	Die Gesellschaft verpflichtet sich, sowohl bei der Angebotsstellung, als auch bei der Vertragsabwicklung Vorgänge zu vermeiden, bei denen sie einen direkten oder indirekten Interessenskonflikt hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer, bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben können. Zur Lösung grenzüberschreitender Streitfragen zwischen einem Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer eines Mitgliedsstaates und einem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat, kann der in Italien ansässige Beschwerdeführer seine Reklamation einreichen: - bei der IVASS, die sie an die für die außergerichtliche Beilegung zuständige ausländische Stelle weiterreicht, den Beschwerdeführer darüber informiert und ihm dann die Antwort mitteilt; - direkt bei der zuständigen Stelle des Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem das betroffene Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat (die Stelle ist auf der Webseite http://www.ec.europa.eu/fin-net angegeben), wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, eines Netzes zur Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. HOME INSURANCE). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN.



Rechtsschutzversicherung für Eigentümergemeinschaften

Versicherungsbedingungen einschließlich Glossar

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "Rechtsschutz für Eigentümergemeinschaften v.5" Stand.07/2019

Glossario

Ai seguenti termini la Società ed il Contraente attribuiscono convenzionalmente questi significati:

Ammenda: pena pecuniaria stabilita per le contravvenzioni.

Amministratore del condominio: è l'organo esecutivo del condominio; in particolare esegue le deliberazioni dell'assemblea, cura l'osservanza del regolamento condominiale, disciplina l'uso delle cose comuni e la prestazione dei servizi nell'interesse comune, in modo che ne sia assicurato il miglior godimento a tutti i condomini; riscuote i contributi ed eroga le spese occorrenti per la manutenzione ordinaria delle parti comuni dell'edificio e per l'esercizio dei servizi comuni, compie gli atti conservativi dei diritti inerenti alle parti comuni dell'edificio e alla fine di ciascun anno deve rendere il conto della sua gestione.

Amnistia/ Indulto: provvedimenti di clemenza concessi dallo Stato nei confronti di soggetti che sono stati condannati per reati. L'indulto è causa di estinzione della pena, mentre l'amnistia oltre la pena estingue anche il reato.

Anno: periodo di tempo pari a 365 giorni, o a 366 giorni in caso di anno bisestile.

Arbitrato: istituto con il quale le parti, di comune accordo, rinunciano ad adire l'Autorità giudiziaria ordinaria per la risoluzione di controversie concernenti l'interpretazione o l'esecuzione del contratto.

Assicurato: soggetto il cui interesse è protetto dall'assicurazione.

Assistenza giudiziale: attività di difesa di un legale quando si attribuisce al giudice la decisione sull'oggetto della controversia.

Assistenza stragiudiziale: attività che viene svolta al fine di comporre qualsiasi vertenza prima del ricorso al giudice e per evitarlo.

Autorimessa: Spazio chiuso, con annessi servizi, in cui vengono custodite le auto in sosta

Calamità naturale: lo stato di calamità, è una condizione conseguente al verificarsi di eventi naturali calamitosi di carattere eccezionale che causano ingenti danni alle attività produttive dei settori dell'industria, del commercio, dell'artigianato e dell'agricoltura. Lo stato di calamità naturale viene richiesto dall'ente pubblico territoriale competente (Comune, Provincia, Regione) e poi riconosciuto con decreto ministeriale.

Carenza: periodo in cui la polizza non produce effetti Tale periodo intercorre tra il momento della stipulazione del contratto di assicurazione, o dalle ore 24 del giorno in cui si effettua il pagamento se successivo alla stipula, e quello a partire dal quale la garanzia offerta dall'assicuratore diviene concretamente efficace.

Il periodo di carenza non sarà recuperato alla scadenza della polizza che invece cesserà al decorrere dell'anno dal momento della firma.

Caso assicurativo: sinistro, ovvero il verificarsi del fatto dannoso - cioè la controversia e/o il giudizio penale - per il quale è prevista l'assicurazione.

Condominio: è un tipo di comunione che si verifica quando in un edificio con più unità immobiliari due o più persone sono ciascuna proprietaria di una parte di esse in via esclusiva e sono contemporaneamente comproprietarie delle parti comuni.

Condoino: proprietario di un'unità immobiliare all'interno di un condominio

Condoini morosi: condoini che non pagano entro il termine le quote condominiali

Conduttore: Soggetto parte di un contratto di locazione in virtù del quale gode temporaneamente del diritto di abitare/utilizzare una unità immobiliare a fronte di un determinato canone

Contravvenzione: è un reato minore (art. 39 c.p.), punito con la pena dell'arresto ovvero dell'ammenda (artt. 17 ss. c.p.).

Controversie di lavoro: contenzioso inerente ad un rapporto di lavoro subordinato

Consulente tecnico d'ufficio (C.T.U.): svolge la funzione di Ausiliario del Giudice lavorando per lo stesso in un rapporto strettamente fiduciario. Scopo del Consulente è quello di rispondere in maniera puntuale e precisa ai quesiti che il Giudice formula nell'udienza di conferimento dell'incarico e di relazionarne i risultati nell'elaborato peritale che prende il nome di Consulenza Tecnica d'Ufficio.



Consulente tecnico di parte (C.T.P.): libero professionista, al quale una parte in causa conferisce un incarico peritale in quanto ritiene l'incaricato esperto in uno specifico settore. Se un soggetto è coinvolto in una causa pendente o intende intraprenderne una (il caso dell'accertamento tecnico preventivo) incarica una persona di propria fiducia (il consulente di parte appunto) affinché questa affianchi il consulente tecnico nominato dal giudice. Il giudice, infatti, con l'ordinanza di nomina del CTU, assegna alle parti un termine entro il quale possono nominare un loro consulente tecnico.

Contraente: soggetto che stipula l'assicurazione.

Danno di natura contrattuale: danno dovuto ad un inadempimento o violazione di una obbligazione assunta tramite un contratto scritto o verbale.

Danno extracontrattuale: danno ingiusto conseguente a fatto illecito. Riconducibile alla violazione di leggi, norme e regolamenti. Da cui deriva obbligo di risarcimento ai sensi dell'art. 2043 cc

Delitto colposo: è solo quello espressamente previsto come tale (e a tale titolo contestato) dalla legge penale e commesso per negligenza, imperizia, imprudenza o inosservanza di leggi, ma senza volontà né intenzione di causare l'evento lesivo.

Delitto doloso: qualsiasi delitto all'infuori di quelli espressamente previsti dalla legge come colposi o preterintenzionali.

Diritti reali: sono i diritti che hanno per oggetto una cosa e che possono essere fatti valere nei confronti di tutti; esempi la proprietà, l'usufrutto, la servitù di passaggio.

Disdetta: atto con il quale viene comunicata l'intenzione di non rinnovare più, alla scadenza, il contratto assicurativo.

Extragiudiziale: nel linguaggio forense, estraneo al giudizio, che avviene fuori del giudizio e non fa parte degli atti giudiziari (accordi raggiunti fuori del tribunale).

Fatto illecito: inosservanza di una norma di legge posta a tutela della collettività o comportamento che violi un diritto assoluto del singolo. Determina responsabilità ed obbligo al risarcimento. Non è inadempimento, ossia violazione di norme contrattuali.

Foro competente: sede dell'Ufficio Giudiziario competente per la controversia

Indennizzo/Risarcimento: somma dovuta dalla Società in caso di sinistro.

Ivass (precedentemente denominato Isvap): Istituto per la Vigilanza sulle assicurazioni

Mediazione: istituto giuridico introdotto con il Decreto Legislativo n. 28 del 4 marzo 2010, per la composizione dei conflitti tra soggetti privati relativi a diritti disponibili

Negoziante assistita: accordo disciplinato dal Decreto Legge n. 132 del 12 settembre 2014, mediante il quale le parti convengono di cooperare in buona fede e con lealtà per risolvere in via amichevole la controversia tramite l'assistenza di avvocati iscritti all'albo.

Perito: Libero professionista incaricato dall'impresa di assicurazione di stimare l'entità del danno subito dall'assicurato o, nelle assicurazioni della responsabilità civile, dal terzo danneggiato in conseguenza di un sinistro.

Polizza: il documento contrattuale che disciplina i rapporti tra Società, Contraente e Assicurato composto dalle Condizioni Generali di Assicurazione e dalle Condizioni Particolari di Polizza.

Premio: somma dovuta alla Società dal Contraente a corrispettivo dell'assicurazione.

Recesso: manifestazione di volontà con cui una delle parti produce lo scioglimento totale o parziale del rapporto giuridico di origine contrattuale.

Recupero quote condominiali: azione volta al recupero delle spese inerenti alla gestione delle parti in comune (comunione forzata)

Recupero di somme: il diritto dell'assicuratore di richiedere le somme anticipate per la risoluzione della lite. Spettano invece all'assicurato il risarcimento e le somme a titolo di capitali ed interessi.

Regolamento condominiale: documento obbligatorio nei condomini con più di dieci unità che contiene le norme circa: i diritti e gli obblighi spettanti a ciascun condomino, la ripartizione delle spese e l'uso delle cose comuni.

Rescissione: attraverso l'azione di rescissione si permette a un soggetto che ha concluso contratto in condizioni di pericolo o di bisogno di sciogliersi dallo stesso quando queste condizioni hanno provocato delle notevoli sproporzioni tra prestazioni contrattuali.

Responsabilità contrattuale: attiene alla violazione di diritti relativi, in quanto fanno capo solo a coloro che hanno stipulato un contratto.

Responsabilità extracontrattuale: riguarda la violazione di diritti assoluti, cioè di quelli validi *erga omnes* (per tutti) e come tali tutelati dall'ordinamento giuridico. Tale responsabilità ricade su colui che ha commesso un fatto illecito e obbliga alla refusione dei danni ai sensi dell'art. 2043 cc.

Rescissione: attraverso l'azione di rescissione si permette a un soggetto che ha concluso contratto in condizioni di pericolo o di bisogno di sciogliersi dallo stesso quando queste condizioni hanno provocato delle notevoli sproporzioni tra prestazioni contrattuali.

Ricorso amministrativo: è quello presentato agli Organi amministrativi: Prefetto, Ministero, Tribunale Amministrativo Regionale, Consiglio di Stato, etc.

Risoluzione: è un istituto che si riferisce a un vizio del contratto inteso non come "atto" bensì come "rapporto": si tratta, infatti, di una disfunzione del rapporto contrattuale sopravvenuta e causata da una delle fattispecie descritte dal codice. La risoluzione può avvenire per inadempimento, impossibilità sopravvenuta ed eccessiva onerosità.

Sanzioni amministrative: la sanzione amministrativa è prevista per la violazione di disposizioni di natura non penale. Da non confondere con le contravvenzioni, che sono reati e quindi violazioni di norme penali.



Sinistro: verificarsi dell'evento dannoso per il quale è prestata l'assicurazione.

Società: l'impresa assicuratrice **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Spese legali: onorari e diritti del patrocinatore ai sensi di legge.

Spese liquidate: dal giudice.

Spese di domiciliamento: spese dell'avvocato che ha il domicilio nella circoscrizione del Tribunale competente per il giudizio qualora l'avvocato incaricato dall'assicurato risieda fuori da tale distretto.

Spese di soccombente: spese liquidate dal giudice nel dispositivo della sentenza. Soccombente è la parte le cui pretese giuridiche non sono state riconosciute fondate dal giudice.

Spese di giustizia: spese del processo che in un procedimento penale il condannato deve pagare allo Stato. Nel giudizio civile, invece, le spese della procedura vengono pagate dalle Parti contemporaneamente allo svolgimento degli atti processuali e che a conclusione del giudizio il soccombente può essere condannato a rifondere.

Spese peritali: somme spettanti ai periti nominati dal Giudice (C.T.U. Consulenti Tecnici d'Ufficio) o dalla parte (Consulenti Tecnici di Parte).

Stragiudiziale: vedi Extragiudiziale

Tacito rinnovo: è una clausola che prevede il rinnovo automatico del contratto alla scadenza.

Transazione: accordo con il quale le parti, facendosi reciproche concessioni, pongono fine ad una lite tra di loro insorta o la prevengono.

Tutela Legale: l'assicurazione Tutela Legale ai sensi del D.Lgs. 07/09/2005 n. 209 - Artt. 163/4 e 173/4 e correlati.

Unità Immobiliare Urbana (U.I.U.): porzione di fabbricato, intero fabbricato o un insieme di fabbricati che, nello stato in cui si trova, è di per se stesso in grado di produrre un reddito indipendente. A titolo di esempio sono U.I.U. i singoli appartamenti, i negozi le autorimesse.

Unità Immobiliare Urbana Tariffata: l'U.I.U. ad uso abitativo (appartamenti) o commerciale (negozi o uffici). Le autorimesse invece sono U.I.U. tariffate solo qualora siano in numero superiore al totale degli appartamenti, negozi e uffici e non siano di proprietà degli stessi soggetti proprietari delle U.I.U. ad uso abitativo (appartamenti) o commerciale (negozi o uffici).

Valore in lite: determinazione del valore della controversia.



Condizioni Generali di Assicurazione

Definizioni: si rinvia integralmente al Glossario.

Art. 1 - Oggetto dell'Assicurazione

1. **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia (di seguito nominata per brevità Società)**, alle condizioni della presente polizza e **nei limiti del massimale convenuto**, assicura la Tutela Legale, compresi i relativi oneri non ripetibili dalla controparte, occorrenti all'Assicurato per la difesa dei suoi interessi in sede extragiudiziale e giudiziale, **nei casi indicati in polizza**.

2. Tali oneri sono:

- le spese per l'intervento del legale incaricato della gestione del caso assicurativo **anche quando la vertenza deve essere trattata tramite il coinvolgimento di un organismo di mediazione o mediante convenzione di negoziazione assistita;**
- le **indennità a carico dell'Assicurato spettanti all'Organismo di mediazione costituito da un Ente di diritto pubblico oppure da un Organismo privato nei limiti di quanto previsto dalle tabella dei compensi prevista per gli organismi di mediazione costituiti da Enti di diritto pubblico. Tale indennità è oggetto di copertura assicurativa solo per le controversie riguardanti le seguenti materie, laddove elencate nelle prestazioni garantite e in relazione all'ambito di operatività della presente polizza: condominio, diritti reali, locazione, comodato, risarcimento del danno derivante dalla circolazione di veicoli, risarcimento del danno derivante da diffamazione con il mezzo della stampa o altro mezzo di pubblicità, contratti assicurativi, bancari e finanziari;**
- le eventuali spese del legale di controparte, nel caso di soccombenza per condanna dell'Assicurato, o di transazione autorizzata dalla Società ai sensi dell'Art. 11 comma 5;
- le spese per l'intervento del Consulente Tecnico d'Ufficio, del Consulente Tecnico di Parte e di Periti **purché scelti in accordo con la Società ai sensi dell'Art. 11 comma 5;**
- le spese processuali nel processo penale (art. 535 Codice di Procedura Penale);
- le spese di giustizia;
- Il contributo unificato (D. L. 11.03.2002 n° 28), **se non ripetuto dalla controparte in caso di soccombenza di quest'ultima;**
- le spese per la registrazione degli atti giudiziari;
- le spese per indagini per la ricerca di prove a difesa;
- le spese sostenute dal contraente/assicurato per la costituzione di parte civile, nell'ambito del procedimento penale a carico della controparte;
- le spese di domiciliazione necessarie, **esclusa ogni duplicazione di onorari e le indennità di trasferta.**

Qualora tali oneri siano posti a carico della controparte, la Società ha diritto al rimborso di quanto eventualmente anticipato.

3. E' garantito l'intervento di un **unico legale** per ogni grado di giudizio, territorialmente competente ai sensi dell'Art. 12 comma 1.

Art. 2 - Delimitazioni dell'oggetto dell'assicurazione

1. L'Assicurato è tenuto a :

- **regolarizzare a proprie spese, secondo le vigenti norme i documenti necessari per la gestione del caso assicurativo;**
- **ad assumere a proprio carico ogni altro onere fiscale che dovesse presentarsi nel corso o alla fine della causa. Le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al premio, al contratto ed agli atti da esso dipendenti, sono a carico del Contraente, anche se il loro pagamento sia stato anticipato dalla Società.**

2. La Società non si assume il pagamento di :

- **multe, ammende o sanzioni pecuniarie in genere;**
- **spese liquidate a favore delle parti civili costituite contro l'Assicurato nei procedimenti penali (art. 541 Codice di Procedura Penale).**

3. Le operazioni di esecuzione forzata non vengono ulteriormente garantite nel caso di 2 (due) esiti negativi.

4. Non sono oggetto di copertura assicurativa i patti quota lite conclusi tra il Contraente e/o l'Assicurato ed il legale che stabiliscano compensi professionali.

Art. 3 - Indicazioni e dichiarazioni. Aggravamento o diminuzione del rischio

1. Le dichiarazioni inesatte, le reticenze del Contraente o dell'Assicurato relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della stipulazione del contratto o durante il corso dello stesso, possono comportare la perdita totale o parziale del diritto alle garanzie assicurative nonché la stessa cessazione dell'assicurazione ai sensi degli artt. 1892, 1893, 1894 e 1898 Codice Civile.

2. La Società, una volta a conoscenza di circostanze aggravanti che comportino un premio maggiore, può richiedere la relativa modifica delle condizioni in corso.



3. Nel caso di diminuzione del rischio la Società è tenuta a ridurre il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del Contraente, ai sensi dell'art 1897 Codice Civile, e rinuncia al relativo diritto di recesso.

Art. 4 - Altre assicurazioni

1. L'Assicurato deve comunicare alla Società l'esistenza e la successiva stipulazione di altre assicurazioni per lo stesso rischio; l'Assicurato deve dare avviso dei casi assicurativi a tutti gli assicuratori, indicando a ciascuno il nome degli altri, ai sensi dell'art. 1910 Codice Civile.
2. Qualora coesistano più coperture assicurative sul medesimo rischio, sottoscritte con diversi assicuratori, in caso di sinistro la Società sarà obbligata al pagamento degli oneri di cui all'art. 1 – Oggetto dell'Assicurazione - applicando la ripartizione proporzionale in ragione delle somme complessivamente dovute secondo i rispettivi contratti assicurativi.

Art. 5 - Effetto e durata del contratto e della copertura assicurativa

1. La polizza produce effetti (oppure "è efficace"), cioè copre il rischio assicurativo, dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno indicato nella polizza, se in quel momento il premio è stato corrisposto; in caso diverso produce effetti dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui si effettua il pagamento, ferme restando le scadenze stabilite nella polizza.
2. La garanzia assicurativa viene prestata per i casi assicurativi che siano insorti:
 - durante il periodo di effetto della polizza, se si tratta di esercizio di pretese al risarcimento di danni extracontrattuali, di resistenza alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi, di procedimento penale e di ricorsi od opposizioni alle sanzioni amministrative;
 - trascorsi 3 (tre) mesi dalla data di effetto della polizza, in tutte le restanti ipotesi.Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente di Tutela legale, la carenza dei 3 (tre) mesi non opera per tutte le prestazioni già previste con la polizza precedente, mentre si intende operante a tutti gli effetti per le nuove prestazioni inserite con il presente contratto. Sarà pertanto onere del Contraente, in sede di denuncia di sinistro, fornire idonea documentazione atta a comprovare l'esistenza di una polizza precedente di Tutela Legale.
3. Il contratto ha la durata pattuita nella polizza e, in mancanza di disdetta comunicata mediante lettera raccomandata, mezzi legalmente equivalenti, o telefax spediti almeno 30 -(trenta) giorni prima della scadenza, si rinnova tacitamente, ogni volta, per 1 (uno) anno, ai sensi dell'art. 1899 Codice Civile.

Art. 6 - Recesso in caso di sinistro

1. Dopo ogni denuncia di caso assicurativo e fino al 30° (trentesimo) giorno dopo la sua definizione, le parti possono recedere in forma scritta dal contratto mediante lettera raccomandata AR, mezzi legalmente equivalenti, (a titolo esemplificativo ma non esaustivo PEC e raccomandata a mani) o telefax, dando un preavviso di almeno 15 (quindici) giorni rispetto alla data di effetto del recesso.
2. In ogni caso al Contraente è dovuto il rimborso della quota di premio imponibile relativa al periodo di rischio pagato e non goduto.

Art. 7 - Lingua del contratto

Premesso che la lingua italiana è quella che fa fede ai fini del presente contratto, la Compagnia offre la possibilità al Contraente di madre lingua tedesca di ottenere copia dell'intero Fascicolo Informativo comprensivo delle Condizioni di assicurazione anche in lingua tedesca.

Art. 8 - Pagamento del premio e sospensione della copertura assicurativa

1. Il premio è sempre determinato per il periodo di un anno, ed è interamente dovuto anche se sia stato concesso il frazionamento rateale.
2. Se il Contraente non paga il premio alla firma o la prima rata di premio stabilita dal contratto, l'assicurazione resta sospesa fino alle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ai sensi dell'art 1901 del Codice Civile. Se il Contraente non paga le rate di premio successive, l'assicurazione resta sospesa dalle ore 24 (ventiquattro) del AGE 15° (quindicesimo) / BROKER 30° (trentesimo) giorno successivo a quello di scadenza e riprende vigore dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ferme le successive scadenze, ai sensi dell'art. 1901 Codice Civile.
3. Qualora il Contraente non corrisponda le rate di premio successive entro AGE 15 (quindici) / BROKER 30 (trenta) giorni dalla scadenza, la Società può, con lettera raccomandata, dichiarare risolto il contratto, fermo il diritto di esigere il pagamento dei premi scaduti.
4. I premi devono essere pagati presso la sede della Società ovvero dell'intermediario alla quale è assegnata la polizza.

Art. 9 - Insorgenza del caso assicurativo

1. Ai fini della presente polizza, per insorgenza del caso assicurativo si intende:

- per l'esercizio di pretese al risarcimento di danni extracontrattuali e per le spese di resistenza alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi - **il momento del verificarsi del primo evento che ha originato il diritto al risarcimento;**
- per l'opposizione a sanzioni amministrative, anche di natura tributaria e fiscale nonché per la difesa penale in procedimenti per delitti colposi e contravvenzioni di cui all'art. 20 – Prestazioni garantite – 12. “Pacchetto Sicurezza”, lett. a) **il momento del compimento da parte della competente Autorità del primo atto di accertamento ispettivo o di indagine, amministrativo o penale;**
- per tutte le restanti ipotesi - **il momento in cui l'Assicurato, la controparte o un terzo abbia o avrebbe cominciato a violare norme di legge o di contratto.** In particolare, per la prestazione recupero delle quote condominiali, **la data di scadenza per il pagamento della prima rata insoluta, come da bilancio preventivo approvato.**

In presenza di più violazioni della stessa natura, per il momento di insorgenza del caso assicurativo si fa riferimento alla data della **prima violazione.**

2. **La garanzia non ha luogo se il contratto oggetto della controversia è già stato disdettato** da uno dei contraenti o ne sia stata chiesta la **rescissione, risoluzione o modificazione** nel momento della stipula. Tale dispositivo non si intende operante in caso di copertura assicurativa senza soluzione di continuità rispetto ad una polizza precedente della Società.

3. Si considerano a tutti gli effetti come **unico caso assicurativo:**

- **vertenze, giudiziali e non, promosse da o contro una o più persone ed aventi per oggetto domande scaturenti da fatti collegati e/o tra loro connessi e/o consequenziali, ad un medesimo contesto riferito all'evento coperto in garanzia;**
- **procedimenti penali a carico di una o più persone assicurate e dovuti al medesimo evento o fatto.**

4. In tali ipotesi, la garanzia viene prestata a favore di tutti gli assicurati coinvolti e **il relativo massimale, che rimane unico per il caso assicurativo, viene equamente ripartito tra gli assicurati** a prescindere dal numero e dagli oneri da ciascuno di essi sopportati. **Se alla conclusione del caso assicurativo, una o più quote o parti di esso risultassero non impiegate, le stesse verrebbero redistribuite tra gli assicurati che non hanno ricevuto integrale ristoro, pur sempre nel limite del massimale.**

Art. 10 – Termini di denuncia del caso assicurativo e fornitura dei mezzi di prova

1. L'Assicurato rendendosi parte diligente del contratto deve immediatamente denunciare alla Società qualsiasi caso assicurativo nel momento in cui si è verificato o ne abbia avuto conoscenza, fatto salvo il termine di prescrizione dei diritti derivanti dal contratto.

2. Contestualmente alla denuncia del caso assicurativo, l'assicurato dovrà produrre alla Società la copia del Registro Anagrafe Condominiale con l'evidenza del numero delle unità immobiliari del Condominio assicurato. Qualora risulti che al momento della stipula della polizza sia stato indicato un numero di unità immobiliari urbane tariffate inferiore rispetto al numero di unità immobiliari urbane da tariffare che risulta dal Registro Anagrafe Condominiale, la Società liquiderà proporzionalmente le somme di cui all'art. 1 - Oggetto dell'assicurazione ai sensi dell'art. 1907 Codice Civile.

3. L'Assicurato deve informare immediatamente la Società in modo completo e veritiero di tutti i particolari del caso assicurativo, nonché indicare i mezzi di prova e documenti e, su richiesta, metterli a disposizione.

4. In mancanza di tali adempimenti, la Società non potrà essere ritenuta responsabile di eventuali ritardi nella valutazione della copertura assicurativa o nella gestione del caso, nonché di eventuali prescrizioni o decadenze che dovessero intervenire.

5. La garanzia si estende ai casi assicurativi che siano insorti durante il periodo di validità del contratto e che siano stati denunciati alla Società, entro 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione del contratto stesso.

6. Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente della Società, il termine di denuncia dei sinistri insorti durante la vigenza della polizza precedente, decorre dalla cessazione della presente polizza anziché dalla cessazione della polizza precedente.

Art. 11 - Gestione del caso assicurativo

1. Ricevuta la denuncia, previa valutazione della copertura assicurativa e delle possibilità di far valere con successo le ragioni dell'Assicurato, la Società, **gestisce la trattazione stragiudiziale della vertenza al fine di realizzare il bonario componimento della controversia. La Società si riserva di demandare a legali di propria scelta la gestione stragiudiziale della vertenza, comprensiva dell'assistenza del legale avanti al mediatore ai sensi dell'art.1 – Oggetto dell'assicurazione.**

2. Ove il tentativo di definizione stragiudiziale o la mediazione della controversia non riescano, l'Assicurato comunica alla Società **gli elementi probatori e/o le argomentazioni su cui fondare l'instaurazione della causa al fine di permettere alla**



Società di valutarne le possibilità di successo. Qualora tale valutazione abbia esito positivo la gestione della vertenza viene quindi affidata al Legale scelto nei termini dell'Art. 12 **per la trattazione giudiziale**.

3. Ciò avviene in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale.

4. La garanzia assicurativa viene prestata anche per ogni grado successivo di procedimento qualora **l'impugnazione presenti possibilità di successo ai sensi del comma 2 del presente articolo**.

5. **E' necessario, pena la decadenza della garanzia, che la Società confermi preventivamente la copertura delle spese per:**

- **la transazione della vertenza, sia in sede stragiudiziale che giudiziale;**
- **la nomina di Consulenti Tecnici di Parte.**

6. La Società non è responsabile dell'operato di Consulenti Tecnici.

7. **In caso di conflitto di interessi o di disaccordo in merito alla gestione dei casi assicurativi tra l'Assicurato e la Società, la decisione può venire demandata, con facoltà di adire le vie giudiziarie, ad un arbitro che decide secondo equità, designato di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal Presidente del Tribunale competente a norma del Codice di Procedura Civile.**

8. **Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato.**

9. La Società avverte l'Assicurato del suo diritto di avvalersi di tale procedura.

10. **Qualora l'assicurato intenda adire le vie giudiziarie nei confronti della Società, l'azione civile potrà essere preceduta dal tentativo di mediazione previsto dal D. Lgs. n. 28 del 4 marzo 2010.**

Art. 12 – Libera scelta del legale per la fase giudiziale

1. Per la fase giudiziale l'Assicurato ha il diritto di scegliere liberamente il legale cui affidare la tutela dei propri interessi, **iscritto:**

a) presso il foro ove ha sede l'Ufficio Giudiziario competente per la controversia;

b) all'Albo del Tribunale del proprio luogo di residenza o della sede legale del Contraente/Assicurato.

Nel caso di scelta di cui al punto b) ove sia necessario per il legale incaricato domiciliarsi, la Società fornisce a quest'ultimo il nominativo del legale domiciliatario e assicura la copertura delle spese di domiciliazione di cui all'art. 1 - Oggetto dell'assicurazione - , comma 2.

2. Se l'Assicurato non fornisce tale indicazione, la Società, **può nominare direttamente il legale, al quale l'Assicurato deve conferire mandato.**

3. L'Assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio legale nel caso di conflitto di interessi con la Società.

4. **La Società non è responsabile dell'operato dei Legali.**

Art. 13 - Recupero di somme: facoltà di rivalsa e surroga

1. **Spettano integralmente all'Assicurato i risarcimenti ottenuti ed in genere le somme recuperate o comunque corrisposte dalla controparte a titolo di capitale ed interessi.**

2. Alla Società, **che ha facoltà di rivalsa nei confronti dell'assicurato, spettano la restituzione degli onorari, delle competenze e delle spese liquidate in sede giudiziaria o concordate transattivamente o stragiudizialmente**, qualora le abbia sostenute o anticipate, nella misura in cui le stesse siano state recuperate dalla controparte.

3. **In ogni caso l'Assicurato, ai sensi dell'art. 1916 Codice Civile, cede alla Società tutti i diritti a conseguire da terzi il rimborso delle spese sostenute a qualsiasi titolo, acconsentendo altresì all'esercizio delle relative azioni.**

Art. 14 - Estensione territoriale

1. Nell'ipotesi di diritto al risarcimento di danni extracontrattuali da fatti illeciti di terzi, di resistenza alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi nonché di procedimento penale l'assicurazione vale per i casi assicurativi che insorgono **in Europa o negli stati extraeuropei posti nel Bacino del Mare Mediterraneo sempreché il Foro competente, ove procedere, si trovi in questi territori.**

2. **In tutte le altre ipotesi la garanzia vale per i casi assicurativi che insorgono e devono essere trattati nella Repubblica Italiana, nella Città Stato del Vaticano e nella Repubblica di San Marino.**

Art. 15 – Coesistenza di copertura di responsabilità civile

La presente polizza, nei limiti delle prestazioni garantite ed esclusivamente per il pagamento delle spese legali, opera in secondo rischio, ai sensi del 3° comma dell'art. 1917 Cod. Civ., qualora esista e sia operativa altra copertura assicurativa di Responsabilità civile stipulata da chiunque in favore dell'assicurato

Art. 16 – Indicizzazione - adeguamento del massimale e del premio

1. Il massimale e il relativo premio sono basati sul "numero indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati", pubblicato dall'ISTAT - Istituto Centrale di Statistica di Roma, in conformità a quanto segue:



- a) nel corso di ogni anno solare viene adottato come base di riferimento iniziale e per gli aggiornamenti, l'indice del mese di settembre dell'anno precedente;
- b) alla scadenza di ogni rata annuale, se si è verificata una variazione, in più o in meno, rispetto all'indice inizialmente adottato o al suo equivalente, il massimale ed il corrispondente premio vengono aumentati o ridotti in proporzione;
- c) l'aumento o la riduzione decorrono dalla scadenza della rata annua.

2. Qualora, in conseguenza delle variazioni dell'indice, il massimale, ed il premio venissero a superare il doppio degli importi inizialmente stabiliti, sia la Società che il Contraente hanno la facoltà di rinunciare all'aggiornamento della polizza, ed il massimale, ed il premio rimangono quelli risultanti dall'ultimo aggiornamento effettuato.

3. In caso di eventuale ritardo od interruzione nella pubblicazione degli indici, la Società propone l'adeguamento tenendo conto delle variazioni notoriamente avvenute nei prezzi correnti rispetto all'ultimo adeguamento.

Art. 17 - Oneri fiscali

Le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al premio, al contratto ed agli atti da esso dipendenti, sono a carico del Contraente, anche se il loro pagamento sia stato anticipato dalla Società.

Art. 18 - Rinvio e clausola o accordi particolari

1. I rapporti contrattuali sono regolati esclusivamente dalla presente polizza e, per quanto in essa non precisato, dalle norme di legge.

2. Clausole o accordi particolari sono validi solo se ratificati dalla Direzione Generale della Società

Condizioni Particolari

Art. 19 – Assicurati

Le garanzie previste all'Art. 1 delle Condizioni Generali di Assicurazione vengono prestate a tutela dei diritti del Contraente. Vengono altresì Assicurati anche l'amministratore, i condomini e i soggetti dipendenti iscritti nel Libro Unico del lavoro del Contraente per le responsabilità connesse allo svolgimento delle proprie mansioni, qualora sia espressamente indicato nelle singole prestazioni garantite di cui all'art. 20.

Nel caso di controversie fra Assicurati le garanzie vengono prestate unicamente a favore del Contraente.

Art. 20 – Prestazioni garantite – Linea PER LINEA Linea Base / Linea Completa

Le garanzie previste all'Art. 1 – Oggetto dell'assicurazione - delle Condizioni Generali di Assicurazione vengono prestate a tutela dei diritti del Condominio (art. 1117 e segg. Cod. Civ. e successive leggi) indicato in polizza. Le garanzie valgono per:

1. Difesa penale per delitti colposi/contravvenzioni. La difesa in procedimenti penali per delitti colposi o contravvenzioni, compresi i casi di applicazione della pena su richiesta delle parti ex art. 444 c.p.p. (c.d. patteggiamento), oblazione, remissione di querela, prescrizione, archiviazione, amnistia e indulto.

La garanzia viene prestata all'amministratore, ai condòmini, in relazione alle singole unità immobiliari adibite ad uso abitativo o ad altro uso, ed ai lavoratori iscritti nel libro Unico del Lavoro del Contraente. **La garanzia viene inoltre prestata ai condòmini facenti parte del "Consiglio di condominio" nell'espletamento delle loro funzioni.**

2. Difesa penale per delitti dolosi. La difesa in procedimenti penali per delitti dolosi commessi dagli Assicurati nello svolgimento dell'attività o professione descritta in polizza, comprese le violazioni in materia fiscale e amministrativa, **purché gli Assicurati vengano assolti (art. 530 comma 1, Cod. Proc.Pen.) con decisione passata in giudicato o vi sia stata la derubricazione del reato da doloso a colposo (o sia intervenuta archiviazione per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato. Sono esclusi i casi di estinzione del reato per qualsiasi altra causa.**

Nei casi in cui:

- il giudizio, anche a seguito di archiviazione e successiva riapertura, si concluda con sentenza definitiva diversa da assoluzione o derubricazione del reato da doloso a colposo,
- l'Assicurato non trasmetta alla Società copia della sentenza entro e non oltre 30 (trenta) giorni dalla data di pubblicazione

la Società richiederà al Contraente il rimborso di tutti gli oneri eventualmente anticipati per la difesa in ogni grado di giudizio.

La prestazione opera in deroga all'Art. 21 – Esclusioni, lett. g) ed f).

La garanzia viene prestata all'amministratore, ai condòmini, in relazione alle singole unità immobiliari adibite ad uso abitativo o ad altro uso, ed ai lavoratori iscritti nel libro Unico del Lavoro del Contraente. **La garanzia viene inoltre prestata ai condòmini facenti parte del "Consiglio di condominio" nell'espletamento delle loro funzioni.**

Le garanzie, di cui ai punti 1 e 2 del presente articolo, operano secondo le medesime modalità e condizioni anche per ottenere il dissequestro di beni, mobili ed immobili, appartenenti al Contraente, sottoposti a sequestro (conservativo, probatorio o giudiziario) nell'ambito di procedimenti penali, per delitti colposi/contravvenzioni o per delitti dolosi, a carico della persona assicurata o di terzi, nel caso in cui ciò risulti indispensabile per il proseguimento dell'attività assicurata.

3. Richiesta di risarcimento danni. L'esercizio di pretese al risarcimento di danni a cose subite per fatti illeciti di terzi, compresa la costituzione di parte civile nel procedimento penale a carico di terzi: **in quest'ultimo caso la garanzia viene prestata anche per la redazione dell'atto di querela.**

La garanzia viene estesa all'amministratore ed ai condòmini per i casi che riguardano le singole unità immobiliari adibite ad uso abitativo o ad altro uso.

4. Controversie contrattuali. Le controversie nascenti da presunte inadempienze contrattuali, proprie o di controparte, relative al Condominio indicato in polizza, sempreché il valore in lite sia superiore a € 500 (cinquecento).

4.1 Ferme le limitazioni di cui al precedente capoverso, la garanzia viene prestata ai singoli condòmini che rinunciano all'utilizzo dell'impianto centralizzato per sostenere controversie contrattuali con il fornitore di combustibile necessario al riscaldamento della singola unità abitativa.



4.2 La garanzia viene prestata in favore del condominio per sostenere controversie con l'impresa incaricata di ristrutturare parti comuni all'immobile, con un sottolimito di € 5.000 (cinquemila) per caso assicurativo, fermo il massimale per anno previsto dalla polizza. La presente garanzia opera in deroga all'art. 21 lett. i).

5. Controversie di lavoro. Le controversie individuali relative a rapporti di lavoro tra il Contraente ed i propri dipendenti addetti alla custodia, manutenzione e/o gestione del Condominio.

6. Controversie per recupero quote condominiali. Le controversie per il recupero delle quote condominiali nei confronti dei condòmini morosi **sempreché il valore in lite sia superiore a € 500 (cinquecento). La Società, accertata la regolarità della denuncia del caso assicurativo, svolgerà in via stragiudiziale ogni azione intesa al recupero dei crediti-purché sussistano oggettive possibilità di recupero.**

SOLO PER LINEA BASE

La presente garanzia viene prestata con il limite di 2 (due) casi insorti in ciascun anno assicurativo con un sottolimito di € 5.000 (cinquemila) per ciascun caso assicurativo.

7. Controversie per violazione del regolamento condominiale o di norme di legge. Le controversie nascenti da violazioni, da parte di condòmini o conduttori, delle disposizioni del regolamento condominiale o norme di legge attinenti la disciplina del condominio.

La Società sosterrà inoltre le spese legali per il recupero delle somme anticipate dal Condominio per la verifica dell'adeguamento e/o conformità degli impianti e dell'agibilità dell'unità immobiliare per l'integrazione del Registro Anagrafe Condominiale (RAC) nel caso di omessa o incompleta risposta alla richiesta dell'amministratore delle informazioni necessarie alla tenuta del Registro Anagrafe Condominiale (RAC) ai sensi dell'art. 1130 Codice Civile.

8. Controversie relative a diritti reali. Le controversie relative a diritti reali. La garanzia viene estesa anche ai singoli condòmini.

9. Impugnazione delibere assembleari. Resistere all'impugnazione della delibera assembleare del Condominio, proposta da uno o più condòmini mediante ricorso all'Autorità Giudiziaria.

La presente garanzia viene inoltre prestata al **Condominio per resistere al ricorso per la revoca dell'amministratore** proposto all'autorità giudiziaria da uno o più condòmini. Tale garanzia è prestata esclusivamente a condizione che vi sia stata una delibera assembleare di conferma dell'amministratore stesso. In caso di revoca giudiziale dell'amministratore, la Società non proporrà azione di surroga nei confronti dell'amministratore per recuperare le somme liquidate in sede giudiziale a favore del Condominio.

10. Chiamata in causa della Compagnia di Responsabilità Civile. Chiamata in causa della Compagnia di Responsabilità Civile, ai sensi dell'art. 1917 comma 4 del C.C. **La garanzia viene prestata per la redazione dell'atto e opera con un sottolimito di € 1.000 (mille).**

La chiamata in causa **non è oggetto di copertura nel caso in cui la polizza di Responsabilità Civile non sia attivabile:**

- **per mancato pagamento o adeguamento del premio;**
- **per denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione;**
- **perché la fattispecie denunciata non è oggetto di copertura.**

La Società si riserva di richiedere al Contraente la documentazione da cui risulti quanto precisato nei tre punti precedenti. Qualora uno di questi casi sia accertato successivamente al pagamento da parte della Società delle spese legali, il Contraente è tenuto a restituire alla Società tutte le spese da questa anticipate.

11. Spese di resistenza alla richiesta di risarcimento danni. La garanzia viene prestata esclusivamente ai singoli condòmini per resistere alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi nei loro confronti per lesioni personali provocate da animali domestici di proprietà dei condòmini. **La presente garanzia opera per casi assicurativi insorti nell'area condominiale.**

11.1 La prestazione opera a secondo rischio, ovvero dopo l'esaurimento di ciò che è dovuto dall'assicuratore di responsabilità civile per spese di resistenza e soccombenza su fattispecie coperte dalla polizza di responsabilità civile.

11.2 La prestazione opera invece a primo rischio, qualora la copertura di responsabilità civile non sia operativa nel merito, ossia non copra la fattispecie denunciata perché non è oggetto di copertura, perché espressamente esclusa dalla copertura, o perché il danno è di importo inferiore rispetto alla franchigia prevista dalla polizza.



La prestazione opera inoltre in primo rischio qualora la polizza di Responsabilità Civile non esista.

11.3 In ogni caso se è stata sottoscritta una polizza di Responsabilità Civile, l'operatività della presente garanzia è subordinata al riscontro da parte della Compagnia in merito alla copertura del sinistro.

11.4 La prestazione non opera nel caso in cui:

- l'assicuratore di Responsabilità Civile copra il danno, ma non le spese legali per la resistenza alla richiesta di risarcimento. A titolo esemplificativo perché l'assicuratore di Responsabilità Civile non ne ha interesse o per violazione del patto di gestione lite;
- la polizza di Responsabilità Civile non sia attivabile per mancato pagamento del premio e/o adeguamento dello stesso;
- il sinistro sia stato denunciato all'assicuratore di Responsabilità Civile oltre i termini di prescrizione.

11.5 La prestazione opera invece nel caso in cui l'assicuratore di Responsabilità Civile non abbia interesse a resistere alle richieste del terzo avendo esaurito il massimale per liquidare il danno.

11.6 La presente prestazione opera in deroga all'Art.2 comma 2.

La prestazione opera inoltre per le controversie tra assicurati, in deroga all'art. 19.

12. Pacchetto sicurezza. Per i casi di contestazione d'inosservanza degli obblighi ed adempimenti di cui ai decreti legislativi indicati nel presente punto, le garanzie previste all'Art. 1 – Oggetto dell'assicurazione - vengono prestate agli assicurati per:

- a) la difesa nei procedimenti penali per delitti colposi o contravvenzioni;
- b) la difesa in procedimenti penali per omicidio colposo o lesioni personali colpose (artt. 589 – 590 Codice Penale);
- c) l'opposizione o impugnazione avverso i provvedimenti amministrativi, le sanzioni amministrative non pecuniarie e pecuniarie di importo determinato **in misura non inferiore a € 250,00 (duecentocinquanta)**.

La presente garanzia opera in deroga all'Art. 21 – Esclusioni - lett. b) limitatamente alla materia amministrativa.

12.1 D.Lgs. 81/2008 e D.Lgs. 106/2009 e successive disposizioni normative o regolamentari, in materia di **Tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro:**

Le prestazioni garantite operano a tutela dei diritti del contraente, qualora **rivesta la qualifica di committente dei lavori** e per i suoi addetti in qualità di *Responsabile dei lavori, Coordinatore per la progettazione, Coordinatore per l'esecuzione dei lavori, Legali Rappresentanti, Dirigenti, Preposti, Medico Competente, Responsabili dei Servizi di Prevenzione, Lavoratori Dipendenti*.

Ad eccezione dei Legali Rappresentanti, gli assicurati sono garantiti **se ed in quanto dipendenti del Contraente**.

Le garanzie valgono anche qualora il Contraente, in relazione all'attività esercitata, rivesta la qualifica di *Committente dei lavori* ai sensi del D.Lgs 81/08 e disposizioni integrative e correttive contenute nel D.Lgs. 106/2009.

La presente garanzia opera in deroga all'Art. 21 – Esclusioni lett. i) per le controversie relative alla compravendita, permuta di immobili o relative ad interventi di restauro e risanamento conservativo, ristrutturazione e costruzione ex novo degli edifici comprese le connesse controversie di fornitura e posa in opera di materiali e/o impianti.

12.2 D.Lgs. 152/06 e successive disposizioni normative o regolamentari in materia di Tutela dell'ambiente.

La presente garanzia opera in parziale deroga all'art. 21 - Esclusioni, lett. f).

12.3 D.Lgs n.196/03 e successive disposizioni normative o regolamentari in materia di **Tutela della Privacy.**

Le prestazioni garantite operano a tutela dei diritti degli assicurati in qualità di:

- Titolare al trattamento dei dati;
- Responsabili e gli Incaricati del trattamento.

Le garanzie valgono anche per:

- la difesa in procedimenti penali dolosi previsti dal D. Lgs. n. 196/03 nelle modalità previste al punto 2 del presente articolo. **La presente garanzia opera in deroga all'art. 21 - Esclusioni – lett. g);**
- la difesa dinanzi al Garante nel caso di reclami, segnalazioni e ricorsi. **La presente garanzia opera in deroga all'art. 21 - Esclusioni – lett. b).**

• la difesa avanti le competenti Autorità giurisdizionali civili **nel caso in cui siano adempiuti gli obblighi dell'Assicuratore di responsabilità civile ai sensi dell'art. 1917 Codice Civile. Pertanto la prestazione opera a secondo rischio, ovvero dopo l'esaurimento del massimale dovuto dall'assicuratore di responsabilità civile per spese legali di resistenza e soccombenza su fattispecie coperte dalla polizza di responsabilità civile. In tutti gli altri casi, ovvero quando la polizza di Responsabilità Civile non esiste, o non opera, o per qualunque motivo non fornisce copertura totale o parziale alle spese legali di resistenza, la presente garanzia non opera.**



La garanzia si estende ai casi assicurativi conseguenti a fatti e/o atti verificatisi durante il periodo di validità del contratto **ed insorti nel termine di 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione dei soggetti garantiti** dalle funzioni/qualifiche indicate.

13. ARAGTEL – Consulenza Telefonica

Nell'ambito di tutte le materie previste nella presente polizza è istituito un Servizio di consulenza telefonica al:



“ARAGTEL” è a disposizione dell'Assicurato per ottenere:

- informazioni su leggi, decreti e normative vigenti;
- chiarimenti sul contenuto e sulla portata delle garanzie previste nella presente polizza;
- informazioni sugli adempimenti previsti in caso di interventi dinanzi all'autorità giudiziaria.

nel seguente orario:

dal lunedì al giovedì dalle ore 09:00 alle ore 13:00 e dalle ore 14:00 alle ore 17:00

il venerdì dalle ore 09:00 alle ore 13:00.

Art. 21 – Esclusioni

Le garanzie non sono valide:

- a) per vertenze concernenti il diritto di famiglia, delle successioni e delle donazioni;
- b) in materia fiscale ed amministrativa;
- c) per fatti conseguenti a tumulti popolari (assimilabili a sommosse popolari), eventi bellici, atti di terrorismo, atti di vandalismo, terremoto, sciopero e serrate, nonché da detenzione od impiego di sostanze radioattive. Le garanzie inoltre non sono valide per fatti conseguenti ad eventi naturali per i quali venga riconosciuto lo stato di calamità naturale o lo stato di allarme;
- d) per controversie derivanti dalla proprietà o dalla guida di veicoli, imbarcazioni o aeromobili;
- e) per fatti dolosi delle persone assicurate;
- f) per fatti non accidentali relativi ad inquinamento dell'ambiente;
- g) per controversie derivanti dalla circolazione di veicoli;
- h) per compravendita e permuta di immobili;
- i) per le controversie relative ad interventi di restauro e risanamento conservativo, ristrutturazione e costruzione ex novo degli edifici comprese le connesse controversie di fornitura e posa in opera di materiali e/o impianti;
- j) per controversie tra Assicurati diversi dal Contraente;
- k) per i casi di adesione ad azioni di classe (class action);
- l) per le azioni di recupero dei dati catastali e/o anagrafici necessari per la tenuta del Registro Anagrafe Condominiali (RAC);
- m) per le vertenze con la Società.
- n) per vertenze con la Banca che intermedia il presente contratto.

Glossar

Folgenden Begriffen ordnen die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer vereinbarungsgemäß die jeweils angegebene Bedeutung zu:

Amnestie/Straferlass: Gnadenakt des Staates gegenüber von Subjekten, die wegen Straftaten verurteilt wurden. Der Strafnachlass löscht die Strafe, während die Amnestie außer der Strafe auch die Straftat löscht.

Anwaltskosten: gesetzliche Honorare und Gebühren des Verteidigers.

Arbeitsstreitigkeiten: Streitigkeiten im Zusammenhang mit einem unselbständigen Arbeitsverhältnis.

Aufhebung: Die Aufhebung bezieht sich auf einen Mangel des Vertrages, verstanden nicht als "Handlung", sondern als "Beziehung". Es geht hierbei um eine mangelnde Funktion des Vertragsverhältnisses aufgrund einer der im Gesetzbuch beschriebenen Umstände. Zur Aufhebung kommt es wegen Nichterfüllung, nachfolgender Unmöglichkeit und übermäßiger Belastung.

Außergerichtlich: In der Gerichtssprache außerhalb des gerichtlichen Verfahrens stehend und nicht in den Gerichtsakten vermerkt (Vereinbarungen, die außerhalb des Gerichts getroffen werden).

Außergerichtlicher Beistand: Tätigkeit zur Beilegung jeglicher Streitfrage, bevor das Gericht angerufen wird und um dies zu vermeiden.

Außervertragliche Haftung: bezieht sich auf die Verletzung absoluter Rechte, die *erga omnes* (für alle) gelten und als solche von der Rechtsordnung geschützt sind. Diese Haftung trägt derjenige, der eine unerlaubte Handlung begangen hat und verpflichtet zum Schadenersatz gemäß Art. 2043 ital. ZGB.

Außervertraglicher Schaden: ungerechtfertigter Schaden infolge einer unerlaubten Handlung. Zurückzuführen auf die Verletzung von Gesetzen, Bestimmungen und Verordnungen. Verpflichtet zum Schadenersatz gemäß Art. 2043 ital. ZGB.

Beitreibung der Beiträge der Eigentümergemeinschaft: Aktion zur Eintreibung der Kosten für die Verwaltung der gemeinschaftlichen Teile (Zwangsgemeinschaft).

Beitreibung von Geldbeträgen: Der Versicherer hat das Recht, die Rückerstattung der zur Lösung der Streitfrage vorgeschossenen Kosten zu verlangen. Dem Versicherten hingegen stehen die Entschädigungsleistungen sowie die in Form von Kapital und Zinsen gezahlten Beträge zu.

Dingliche Rechte/Sachenrecht: Rechte, deren Gegenstand eine Sache ist und die gegenüber jedermann geltend gemacht werden können; Beispiele hierfür sind Eigentum, Nießbrauch, Wegerecht.

Eigentümergeinschaft: Eine solche Gemeinschaft entsteht, wenn in einem Gebäude mit mehreren Liegenschaftseinheiten zwei oder mehr Personen jeweils alleinige Eigentümer eines Gebäudeteiles oder eines anderen Sachenrechts und gleichzeitig Miteigentümer der gemeinschaftlichen Teile sind.

Entschädigung: Der Betrag, den die Gesellschaft im Schadensfall bezahlen muss.

Fahrlässigkeitsdelikt: Als Fahrlässigkeitsdelikt gilt nur jenes, das ausdrücklich vom Strafgesetz als solches vorgesehen (und als solches angefochten) wird und das aus Nachlässigkeit, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung von Gesetzen, aber ohne den Willen oder die Absicht zur Verursachung des schädigenden Ereignisses begangen wird.

Festgesetzte Kosten: durch den Richter.

Garage: Geschlossener Raum, einschließlich Nebenräumen, in dem parkende Autos verwahrt werden.

Gebührenpflichtige Verwarnung: Geldstrafe, die für Zuwiderhandlungen festgesetzt wird.

Gegenpartei: die gegnerische Partei in einer Streitsache.

Gerichtlich bestellter Gutachter: Der gerichtlich bestellte Gutachter unterstützt den Richter und arbeitet für diesen in einem Vertrauensverhältnis. Ziel ist es, präzise Antworten auf die Fragen zu liefern, die der Richter bei der Beauftragung formuliert, und diese in dem sog. gerichtlich bestellten Gutachten darzulegen.

Gerichtlicher Beistand: Verteidigung durch einen Rechtsanwalt, wenn dem Richter die Entscheidung über den Streitgegenstand überlassen wird.

Gerichtskosten: Prozesskosten, die der Verurteilte in einem Strafverfahren an den Staat bezahlen muss. Im Zivilverfahren hingegen werden die Verfahrenskosten von den Parteien im Zuge der Prozesshandlungen bezahlt; am Ende kann die unterliegende Partei zur Rückerstattung verurteilt werden.

Gesellschaft: das Versicherungsunternehmen **ARAG SE - Generalvertretung und Direktion für Italien**

Gutachterkosten: Beträge, die den vom Richter oder von den Parteien ernannten Gutachtern zustehen.

Hausordnung: obligatorisches Dokument für Eigentümergemeinschaften mit mehr als zehn Liegenschaftseinheiten, das die Bestimmungen über Rechte und Pflichten jedes einzelnen Miteigentümers, über Aufteilung der Kosten und Nutzung der gemeinschaftlichen Sachen enthält.

Ivass (ehemalige Bezeichnung Isvap): das italienische Aufsichtsamt (Istituto di Vigilanza per le Assicurazioni).

Jahr: Zeitraum von 365 Tagen bzw. von 366 Tagen in Schaltjahren.



Karenzzeit: Zeitraum, während dessen die Police keine Wirkung hat. Die Karenzzeit beginnt bei Abschluss des Versicherungsvertrages bzw. um 24 Uhr des Tages der Bezahlung, falls diese nicht bei Abschluss geleistet wird, und endet an dem Zeitpunkt, an welchem der angebotene Versicherungsschutz in Kraft tritt.

Die Karenzzeit wird bei Ablauf der Police nicht nachgeholt. Die Police endet nach Ablauf eines Jahres ab ihrer Unterzeichnung.

Kosten bei Unterliegen: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten. Es unterliegt die Partei, deren rechtliche Forderungen vom Richter nicht als begründet anerkannt wurden.

Kosten für die Domizilierung: Kosten des Anwalts, der im Gebiet der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde niedergelassen ist, falls der vom Versicherten beauftragte Anwalt außerhalb dieses Gebiets ansässig ist.

Kündigung: Vorgang, mit dem die Absicht mitgeteilt wird, den Versicherungsvertrag nach Auslaufen nicht zu erneuern.

Mediation: Ein rechtliches Verfahren, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010 eingeführt wurde, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen privaten Subjekten bezogen auf verfügbare Rechte.

Mieter: Partei eines Mietvertrages, die kraft des Vertrages das vorübergehende Recht zur Bewohnung/Nutzung einer Liegenschaftseinheit gegen Entrichtung eines bestimmten Betrages genießt.

Miteigentümer: Eigentümer einer Liegenschaftseinheit in einer Eigentümergemeinschaft.

Naturkatastrophe: Der Katastrophenfall ist eine Notlage infolge verheerender Naturereignisse außergewöhnlicher Art, die den Produktionstätigkeiten von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft enorme Schäden zufügen. Die Erklärung des Katastrophenfalles wird von der zuständigen Lokalkörperschaft (Gemeinde, Provinz, Region) beantragt und anschließend mit einem Ministerialerlass anerkannt.

Parteigutachter: Freiberufler, den eine der streitenden Parteien mit einem Gutachten beauftragt, da sie ihn als Fachmann in einem bestimmten Bereich ansieht. Ist ein Subjekt in einen anhängigen Rechtsstreit involviert oder beabsichtigt es, einen solchen anzustreben (Beweissicherung), so beauftragt es eine Vertrauensperson (den Parteigutachter), um ihn dem vom Richter bestellten Gutachter zur Seite zu stellen. Bei Bestellung des gerichtlichen Gutachters setzt der Richter den Parteien eine Frist, innerhalb der sie einen eigenen Gutachter ernennen können.

Police: Das Vertragsdokument, das die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Versicherungsnehmer und dem Versicherten regelt, bestehend aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen und den Sonderversicherungsbedingungen.

Prämie: der Betrag, den der Versicherungsnehmer der Gesellschaft als Vergütung für die Versicherung schuldet.

Rechtsschutz: Die Rechtsschutzversicherung gemäß Gesetzesdekret Nr. 209 vom 07.09.2005 – Art. 163/4 und 173/4 und verbundene.

Rückgängigmachung: Durch die Klage auf Rückgängigmachung eines Vertrages wird es einem Subjekt, das den Vertrag in einer Gefahren- oder Notlage geschlossen hat, ermöglicht, sich von diesem zu lösen, wenn diese Situation zu beträchtlichen Missverhältnissen zwischen den vertraglichen Leistungen geführt hat.

Rücktritt: Willensäußerung, mit der eine der Parteien die vollständige oder partielle Lösung des Rechtsverhältnisses vertraglichen Ursprungs bewirkt.

Sachverständiger: Freiberufler, der vom Versicherungsunternehmen damit beauftragt wird, das Ausmaß des Schadens zu schätzen, den der Versicherte bzw., im Falle von Haftpflichtversicherungen, der geschädigte Dritte durch den Versicherungsfall erlitten hat.

Säumige Miteigentümer: Miteigentümer, die die Beiträge zur Eigentümergemeinschaft nicht fristgemäß bezahlen.

Schadensfall: Eintritt des schädigenden Ereignisses, für das die Versicherung geleistet wird.

Schiedsspruch: System, mit dem die Parteien in gemeinsamem Einvernehmen darauf verzichten, zur Lösung von Streitfragen betreffend die Auslegung oder Umsetzung des Vertrages die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen.

Städtische Liegenschaftseinheit (St.L.E.): Gebäudeteil, Gesamtgebäude oder Gebäudeensemble, das in seinem aktuellen Zustand für sich allein in der Lage ist, einen unabhängigen Ertrag zu erwirtschaften. So können St.L.E. zum Beispiel einzelne Wohnungen, Geschäfte oder Garagen sein. Bei der Tariffestlegung für die vorliegende Police gilt die Gesamtheit der städtischen Liegenschaftseinheiten, die von ein und demselben Subjekt genutzt werden, als nur eine St.L.E.

Stillschweigende Verlängerung: Eine Klausel, die bei Auslaufen des Vertrages eine automatische Verlängerung vorsieht.

Streitwert: Festlegung des Wertes, um den es bei einem Streitfall geht.

Tarifizierte städtische Liegenschaftseinheit: Die St.L.E., die zu Wohnzwecken (Wohnungen) oder zu gewerblichen Zwecken (Geschäfte oder Büros) genutzt werden. Garagen hingegen werden nur dann tarifiert, wenn ihre Anzahl größer als die der Wohn- oder Geschäftseinheiten ist und wenn sie nicht denselben Eigentümern gehören, die auch Eigentümer der St.L.E. sind, die zu Wohnzwecken (Wohnungen) oder zu gewerblichen Zwecken (Geschäfte oder Büros) genutzt werden.



Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, geregelt durch die Gesetzesverordnung Nr. 132 vom 12. September 2014, in dem die Parteien vereinbaren, in gutem Glauben und loyal zusammenzuarbeiten, um die Streitfrage mit Unterstützung durch Anwälte, die bei der Kammer eingetragen sind, gütlich zu lösen.

Unerlaubte Handlung: Übertretung einer Gesetzesbestimmung zum Schutz der Kollektivität oder Verhaltensweise, die das absolute Recht des Individuums verletzt. Bedingt Haftung und Entschädigungspflicht. Nicht zu verwechseln mit der Nichteinhaltung, d.h. der Verletzung von Vertragsbestimmungen.

Vergleich: Vereinbarung, mit welcher die Parteien sich gegenseitige Zugeständnisse machen und dadurch einen zwischen ihnen entstandenen Streitfall lösen oder einem solchen vorbeugen.

Versicherter: Das Subjekt, dessen Interessen durch die Versicherung geschützt sind.

Versicherungsfall: Schaden, d.h. der Eintritt des schädigenden Ereignisses und/oder Strafverfahren – hier des Streitfalles – für das die Versicherung vorgesehen ist.

Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das die Versicherung abschließt.

Vertragliche Haftung: bezieht sich auf die Verletzung relativer Rechte, da sie nur hat, wer einen Vertrag abgeschlossen hat.

Vertraglicher Schaden: Schaden, der aus der Nichterfüllung oder der Verletzung einer Pflicht entsteht, die mit einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag übernommen wurde.

Verwalter der Eigentümergemeinschaft: das ausführende Organ der Eigentümergemeinschaft. Insbesondere führt der Verwalter die Beschlüsse der Eigentümerversammlung aus, er sorgt für die Einhaltung der Hausordnung, er regelt den Gebrauch der gemeinschaftlichen Sachen und die Leistung der Dienste von gemeinschaftlichem Interesse, damit allen Miteigentümern die bestmögliche Nutzung gesichert ist; er hebt die Beiträge ein und tätigt die für die ordentliche Instandhaltung der gemeinschaftlichen Teile des Gebäudes und für den Betrieb der Gemeinschaftsdienste nötigen Ausgaben; er nimmt die der Sicherung der Rechte an den gemeinschaftlichen Teilen des Gebäudes dienlichen Rechtshandlungen vor und muss am Ende eines jeden Jahres über seine Geschäftsführung Rechnung legen.

Verwaltungsrechtliche Sanktion: Verwaltungsrechtliche Sanktionen sind bei der Verletzung von Bestimmungen vorgesehen, die keinen strafrechtlichen Charakter haben. Nicht zu verwechseln mit Zuwiderhandlungen, die Straftaten und somit die Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen sind.

Verwaltungsrechtlicher Einspruch: Einspruch bei den Verwaltungsorganen: Präfekt, Ministerium, Regionales Verwaltungsgericht (TAR), Staatsrat usw.

Vorsatzdelikt: Jegliches Delikt, das nicht unter die ausdrücklich vom Gesetz vorgesehene Definition des Fahrlässigkeits- oder des erfolgsqualifizierten Deliktes fällt.

Zuständiger Gerichtsstand: Sitz des Gerichts, das für die Streitsache zuständig ist.

Zustellung: Durch die Zustellung erhält ein Subjekt Kenntnis von einem bestimmten Dokument oder einer Prozessakte.

Zuwiderhandlung: eine leichte Straftat (Art. 39 StGB), die mit einer Haftstrafe oder mit einer gebührenpflichtigen Verwarnung (Art. 17 ff. StGB) bestraft wird.



Allgemeine Versicherungsbedingungen

Definitionen: Siehe Glossar.

Art. 1 - Gegenstand der Versicherung

1. **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia (nachfolgend kurz Gesellschaft genannt)** versichert zu den in der vorliegenden Police vorgesehenen Bedingungen und **bis zum vereinbarten Höchstbetrag** den Rechtsschutz, einschließlich der diesbezüglichen, von der Gegenseite nicht zu ersetzenden Kosten, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten **in den in der Police genannten Fällen** nötig sind.

2. Diese Kosten sind:

- die Kosten für den mit der Schadenbearbeitung beauftragten Rechtsanwalt, **auch wenn der Streitfall unter Einbeziehung einer Mediationsstelle oder durch Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung bearbeitet wird.**
 - die Vergütungen zu Lasten des Versicherten, die der Mediationsstelle zustehen, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder ein privater Organismus sein kann; die Erstattung ist hierbei begrenzt auf die Beträge gemäß der einschlägigen Vergütungstabelle für die Mediation durch öffentlich-rechtliche Körperschaften. **Versicherungsdeckung für eine solche Mediation besteht nur dann, wenn es bei dem Streitfall um folgende Themen geht, sofern diese in den versicherten Leistungen enthalten sind und in den Wirkungsbereich der vorliegenden Police fallen: Eigentümergeinschaften, dingliche Rechte, Miete, Leihe, Schadenersatz im Straßenverkehr, Schadenersatz im Zusammenhang mit Verleumdung durch die Presse oder sonstige öffentliche Medien, Versicherungs-, Banken- und Finanzierungsverträgen;**
 - die eventuellen Kosten des gegnerischen Rechtsanwalts, sofern der Versicherte bei Unterliegen zur Kostenübernahme verurteilt wird, oder im Fall eines von der Gesellschaft gemäß Art. 11 Absatz 5 genehmigten Vergleichs;
 - die Kosten für die Tätigkeit des gerichtlich bestellten Gutachters, des Parteigutachters und der Sachverständigen, **sofern sie gemäß Art. 11 Absatz 5 in Absprache mit der Gesellschaft ernannt wurden;**
 - die Prozesskosten im Strafverfahren (Art. 535 der italienischen Strafprozessordnung);
 - die Gerichtskosten;
 - die Einheitsabgabe (Contributo Unificato – Gesetzesdekret Nr. 28 vom 11.03.2002), **sofern sie nicht bei Unterliegen der Gegenseite von dieser ersetzt wird.**
 - die Kosten für die Eintragung der Gerichtsurkunden;
 - die Ermittlungskosten für die Suche nach Entlastungsbeweisen;
 - die vom Versicherungsnehmer/Versicherten getragenen Kosten für den Beitritt als Nebenkläger, im Rahmen von Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei;
 - die notwendigen Kosten für die Domizilierung, **unter Ausschluss jeglicher Doppelhonorare und die Reisekosten. Wird die Gegenpartei zur Übernahme dieser Kosten verurteilt, hat die Gesellschaft Anspruch auf die Erstattung eventuell vorgestreckter Ausgaben.**
3. Versichert ist die Betreuung durch einen **einzig** nach Art. 12 Absatz 1 örtlich zuständigen **Rechtsanwalt** in jeder Instanz.

Art. 2 - Abgrenzung des Leistungsumfanges

1. Der Versicherte ist verpflichtet:

- entsprechend der geltenden Vorschriften selbst für die Unterlagen aufzukommen, die zur Bearbeitung des Versicherungsfalles notwendig sind;
- alle weiteren Steuerlasten zu übernehmen, die während oder bei Beendigung des Verfahrens anfallen sollten. Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit der Prämie, dem Vertrag und den entsprechenden Unterlagen gehen zu Lasten des Versicherungsnehmers, auch wenn sie von der Gesellschaft vorausbezahlt wurden.

2. Die Gesellschaft übernimmt nicht die Bezahlung von:

- gebührenpflichtigen Verwarnungen, Geldbußen oder Geldstrafen im allgemeinen;
- Kosten, die zugunsten von Nebenklägern im Strafverfahren gegen den Versicherten festgesetzt werden (Art. 541 Strafprozessordnung).

3. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind nach 2 (zwei) erfolglosen Versuchen nicht weiter abgedeckt.

4. Durch die Versicherung sind keine Erfolgshonorare abgedeckt, die je nach Ausgang des Streitfalles zwischen dem Versicherungsnehmer und/oder Versicherten und dem Rechtsanwalt als Vergütung vereinbart werden.

Art. 3 – Angaben und Erklärungen. Erhöhung oder Verringerung des Risikos

1. Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des



Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während der Laufzeit des Vertrages die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Rechts auf Versicherungsschutz sowie zum Erlöschen der Versicherung gemäß Art. 1892, 1893, 1894 und 1898 des italienischen Zivilgesetzbuches führen.

2. Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.

3. Bei einer Risikoverringerung reduziert die Gesellschaft, gemäß Art. 1897 des italienischen ZGB, die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.

Art. 4 - Weitere Versicherungen

1. Der Versicherte muss die Gesellschaft über das Bestehen bzw. den nachfolgenden Abschluss weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko informieren; im Versicherungsfall muß der Versicherte gemäß Art. 1910 des italienischen ZGB alle Versicherer unter Nennung der anderen Versicherer benachrichtigen.

2. Sollten weitere Versicherungen für dasselbe Risiko bestehen, die mit unterschiedlichen Versicherern abgeschlossen wurden, so ist die Gesellschaft im Schadensfall zur anteiligen Bezahlung der Kosten gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung – im Verhältnis zum Gesamtbetrag dessen, was aufgrund der verschiedenen Versicherungsbeträge geschuldet wird, verpflichtet.

Art. 5 - Wirksamkeit und Laufzeit des Vertrages und der Versicherungsdeckung

1. Die Police erlangt Wirksamkeit (oder „ist wirksam“), d.h. deckt das Versicherungsrisiko, ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des in der Police genannten Tages, sofern zu diesem Zeitpunkt die Prämie bezahlt wurde; anderenfalls wird sie ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages wirksam, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.

2. Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten:

- während der Laufzeit der Police, sofern es sich um die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden, um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter, um Strafverfahren und um Berufung oder Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen handelt;

- in allen anderen Fällen **3 (drei) Monate nach Vertragsbeginn**.

Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice ausgestellt, so gilt die Karenzzeit von **3 (drei) Monaten nicht für all jene Leistungen, die bereits mit der vorherigen Police abgedeckt waren, während sie ihre Gültigkeit für all jene Leistungen behält, die mit dem vorliegenden Vertrag neu aufgenommen wurden. Es ist Aufgabe des Versicherungsnehmers, bei der Schadensmeldung den Nachweis für das Bestehen einer vorherigen Rechtsschutzversicherung zu liefern.**

3. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit. **Erfolgt keine Kündigung mittels Einschreiben, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax, das mindestens 30 (dreißig) Tage vor Fälligkeit abgeschickt wird, so verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um 1 (ein) Jahr, gemäß Art. 1899 des italienischen ZGB.**

Art. 6 - Rücktritt im Schadensfall

1. Nach jeder Schadensmeldung und bis zum **30. (dreißigsten) Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 (fünfzehn) Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln (zum Beispiel – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – per zertifizierter e-Mail (PEC) und eigenhändigem Einschreiben) oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.**

2. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

Art. 7 - Vertragssprache

Mit dem Hinweis, dass die italienische Version des vorliegenden Vertrages maßgeblich ist, gibt die Gesellschaft dem Versicherungsnehmer deutscher Muttersprache dennoch die Möglichkeit, eine Kopie der gesamten Informationsbroschüre, einschließlich Versicherungsbedingungen, auch in deutscher Sprache zu erhalten.

Art. 8 - Bezahlung der Prämie und Aussetzung des Versicherungsschutzes

1. Die Prämie wird immer für ein Jahr berechnet und wird stets in voller Höhe geschuldet, auch wenn Ratenzahlung gewährt wurde.

2. Beahlt der Versicherungsnehmer die Prämie bei Unterschrift oder die erste vertraglich festgelegte Prämienrate nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB bis 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem die



Zahlung geleistet wird. Bezahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des AGE 15. (fünfzehnten) / BROKER 30. (dreißigsten) auf die Fälligkeit folgenden Tages und beginnt ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen, unbeschadet der weiteren Fälligkeiten.

3. Bezahlt der Versicherungsnehmer die folgenden Prämienraten innerhalb von AGE 15 (fünfzehn) / BROKER 30 (dreißig) Tagen ab Fälligkeit nicht, kann die Gesellschaft per Einschreiben den Vertrag für gelöst erklären; ihr Recht, die Bezahlung der fälligen Prämien zu verlangen, wird hiervon nicht berührt.

4. Die Prämien sind am Sitz der Gesellschaft bzw. des Vermittlers, dem die Police zugeteilt wurde, zu bezahlen.

Art. 9 - Eintritt des Versicherungsfalles

1. Im Sinne der vorliegenden Police ist unter Eintritt des Versicherungsfalles zu verstehen:

- zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden sowie bei Ausgaben für die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter – **der Zeitpunkt des Eintritts des ersten Ereignisses, das den Schadenersatzanspruch entstehen ließ;**

- bei Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen, auch abgaben- und steuerrechtlicher Natur, sowie bei Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen gemäß Art. 20 – Versicherungsleistungen – 12. „Sicherheitspaket“, Buchstabe a) **der Zeitpunkt, an dem die zuständige Behörde den ersten Vorgang zur verwaltungs- oder strafrechtlichen Inspektion oder Ermittlung durchführt;**

- in allen anderen Fällen – **der Zeitpunkt, in dem der Versicherte, die Gegenseite oder ein Dritter Gesetzes- oder Vertragsvorschriften verletzt hat oder haben soll.** Insbesondere, für die Leistung Eintreibung der Eigentümerbeiträge, **das Fälligkeitsdatum für die Bezahlung der ersten unbezahlten Rate gemäß verabschiedetem Haushaltsentwurf.**

Bei Vorliegen mehrerer Verstöße derselben Art wird für den Zeitpunkt des Entstehens des Versicherungsfalles auf den Zeitpunkt des **ersten Verstoßes** Bezug genommen.

2. **Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf Streitigkeiten aus Verträgen**, die bei Abschluss der Versicherung bereits von einer der Parteien **gekündigt** wurden oder deren **Rückgängigmachung, Aufhebung oder Änderung** bereits von einer der Parteien beantragt wurde. Diese Bestimmung gilt nicht für all jene Policen, die ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice der Gesellschaft ausgestellt werden.

3. Als **einziger Versicherungsfall** in jeder Hinsicht gelten:

- **gerichtliche und außergerichtliche Streitigkeiten, die von oder gegen eine oder mehrere Personen geführt werden und die miteinander verbundene und/oder miteinander in Zusammenhang stehende Ansprüche zum Gegenstand haben, bezogen auf das versicherte Ereignis;**

- **Strafverfahren gegen eine oder mehrere versicherte Personen, die sich auf dasselbe Ereignis oder denselben Tatbestand beziehen.**

4. In diesen Fällen wird der Versicherungsschutz zu Gunsten aller betroffenen Versicherten geleistet, aber **der diesbezügliche Höchstbetrag ist nur einer und wird unter den Versicherten**, unabhängig von deren Anzahl und der jeweils von ihnen getragenen Kosten, **gerecht aufgeteilt. Wurden nach Abschluss des Versicherungsfalles nicht alle Anteile davon verwendet, werden diese unter den Versicherten, die keinen vollen Ersatz bekommen haben, nochmals aufgeteilt, ohne den Höchstbetrag zu überschreiten.**

Art. 10 – Fristen für die Meldung des Versicherungsfalles und Beibringung der Beweismittel

1. Als aktive Vertragspartei muss der Versicherte der Gesellschaft jeden Versicherungsfall unverzüglich bei dessen Eintritt bzw. bei Kenntniserlangung melden, unbeschadet der Verjährungsfrist für vertraglich bedingte Ansprüche.

2. Mit der Schadensmeldung muss der Versicherte der Gesellschaft eine Kopie des Eigentümerverzeichnisses (Registro Anagrafe Condominiale) zukommen lassen, aus dem die Anzahl der Liegenschaftseinheiten der versicherten Eigentümergemeinschaft hervorgeht. Sollte sich dabei zeigen, dass bei Abschluss der Police eine geringere Anzahl tarifierter städtischer Liegenschaftseinheiten angegeben wurde, als die Anzahl der zu tarifierenden städtischen Liegenschaftseinheiten gemäß Eigentümerverzeichnis, wird die Gesellschaft die Beträge gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung im Verhältnis zur angegebenen Anzahl bezahlen, wie es in Art. 1907 des ital. ZGB vorgesehen ist.

3. Der Versicherte muss die Gesellschaft unverzüglich, vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Versicherungsfalles unterrichten sowie Beweismittel und Unterlagen angeben und auf Verlangen zur Verfügung stellen.

4. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, kann die Gesellschaft nicht für eventuelle Verspätungen bei der Bewertung der Versicherungsdeckung oder bei der Bearbeitung des Falles sowie für eventuell eintretende Verjährungen oder Verwirkungen haftbar gemacht werden.



5. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, die während der Laufzeit des Vertrages entstanden sind und die der Gesellschaft innerhalb von 24 (vierundzwanzig) Monaten nach Beendigung des Vertrages gemeldet werden.

6. Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice der Gesellschaft ausgestellt, so läuft die Frist für die Meldung von Versicherungsfällen, die während der Gültigkeit der vorherigen Police aufgetreten sind, ab Beendigung der vorliegenden Police und nicht ab Beendigung der vorhergehenden Police.

Art. 11 - Abwicklung des Versicherungsfalles

1. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft **die Gesellschaft** zunächst die Versicherungsdeckung und die Möglichkeit, die Ansprüche des Versicherten erfolgreich geltend zu machen, und **nimmt sodann die außergerichtliche Bearbeitung der Streitsache auf, um eine gütliche Beilegung des Streitfalles herbeizuführen. Die Gesellschaft behält es sich vor, Rechtsanwälte ihrer Wahl mit der außergerichtlichen Bearbeitung des Streitfalles zu beauftragen, einschließlich der Unterstützung des Anwalts vor der Mediationsstelle gemäß Art. 1 – Gegenstand der Versicherung.**

2. Gelingt der Versuch einer außergerichtlichen Beilegung des Streitfalles oder die Mediation nicht, teilt der Versicherte der Gesellschaft **die Beweiselemente und/oder die Argumente mit, auf denen sich ein Prozess aufbauen lässt, damit die Gesellschaft die Aussichten auf Erfolg prüfen kann. Fällt diese Bewertung positiv aus, wird die Bearbeitung des Streitfalles für die gerichtliche Phase dem gemäß Art. 12 gewählten Rechtsanwalt übergeben.**

3. Das geschieht auf jeden Fall, wenn eine Strafverteidigung notwendig ist.

4. Der Versicherungsschutz wird auch für jede nachfolgende Instanz gewährt, **sofern die Rechtsmitteleinlegung Aussichten auf Erfolg gemäß obigem Punkt 2 bietet.**

5. **Es ist notwendig, bei sonstigem Verlust des Versicherungsschutzes, dass die Gesellschaft im Voraus die Deckung der Kosten bestätigt für:**

- **den Abschluss eines Vergleichs, sowohl auf dem außergerichtlichen, als auch auf dem gerichtlichen Wege;**
- **die Ernennung von parteilichen Gutachtern.**

6. Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit von Gutachtern.

7. **Bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft, kann, mit der Möglichkeit zur Beschreitung des Rechtsweges, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet; dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, sofern keine Einigkeit erzielt wird, vom Präsidenten des gemäß der Zivilprozessordnung zuständigen Landgerichts ernannt.**

8. **Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedspruches.**

9. Die Gesellschaft weist den Versicherten auf sein Recht hin, sich dieses Verfahrens zu bedienen.

10. **Beabsichtigt der Versicherte, den Rechtsweg gegenüber der Gesellschaft einzuschlagen, so kann der Zivilklage ein Mediationsversuch gemäß GVO 28 vom 4. März 2010 vorausgehen.**

Art. 12 - Freie Wahl des Rechtsanwalts für die gerichtliche Phase

1. Für die gerichtliche Phase hat der Versicherte das Recht, den Anwalt zur Verteidigung seiner Interessen frei zu wählen. Der Rechtsanwalt muss:

a) am Ort der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde niedergelassen sein;

b) beim Gericht des Wohnortes oder des Geschäftssitzes des Versicherungsnehmers/Versicherten eingetragen sein.

Sollte es im Fall b) für den beauftragten Anwalt notwendig sein, sich zu domiciliieren, liefert die Gesellschaft ihm den Namen des Domiziliaten und gewährleistet die Deckung der Domizilierungskosten, gemäß Art. 1 - Gegenstand der Versicherung, Absatz 2.

2. Macht der Versicherte keine diesbezüglichen Angaben, **kann die Gesellschaft direkt einen Rechtsanwalt benennen, dem der Versicherte das Mandat erteilen muss.**

3. Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit der Gesellschaft hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.

4. **Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit der Rechtsanwälte.**

Art. 13 - Beitreibung von Geldbeträgen: Regressrecht und Einsetzung

1. **Entschädigungsleistungen und im Allgemeinen beigetriebene bzw. von der Gegenseite gezahlte Beträge in Form von Kapital und Zinsen stehen in vollem Umfang dem Versicherten zu.**

2. Der Gesellschaft, **die das Regressrecht gegenüber dem Versicherten hat, steht die Rückerstattung der Honorare, Gebühren und Kosten zu, die gerichtlich festgesetzt oder die vergleichsweise oder auf dem außergerichtlichen Weg**



vereinbart werden, wenn sie sie getragen oder vorausbezahlt hat und soweit sie von der Gegenpartei begetrieben werden.

3. Auf jeden Fall tritt der Versicherte, gemäß Art. 1916 des italienischen ZGB, alle Rechte an die Gesellschaft ab, von Dritten die Erstattung der wie auch immer getragenen Kosten zu erhalten, und stimmt der Ausführung der entsprechenden Maßnahmen zu.

Art. 14 - Örtlicher Geltungsbereich

1. Im Falle von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter, von Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter sowie im Falle von Strafverfahren gilt die Versicherung für Versicherungsfälle, die sich **in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten** ereignen, **sofern sich das zuständige Gericht, vor dem vorgegangen wird, in diesen Ländern befindet.**

2. In allen anderen Fällen gilt der Versicherungsschutz für Versicherungsfälle, die sich in der italienischen Republik, im Staat der Vatikanstadt und in der Republik San Marino ereignen und dort verhandelt werden.

Art. 15 – Gleichzeitiges Bestehen einer Haftpflichtversicherung

Im Rahmen der Versicherungsleistungen und beschränkt auf die Bezahlung der Anwaltskosten wirkt die vorliegende Police im Zweitrisiko, gemäß Art. 1917 des italienischen ZGB, wenn eine andere, von wem auch immer zugunsten des Versicherten abgeschlossene Haftpflichtversicherung besteht und wirksam ist.

Art. 16 – Indexierung – Anpassung von Höchstbetrag und Prämie

1. Der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie beruhen auf dem "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte", der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Dabei gilt:

- a) Ausgangsbasis und Grundlage für die Anpassung im Laufe eines jeden Kalenderjahres ist der Index des Monats September des Vorjahres;
- b) ist bei Fälligkeit der Jahresprämie eine Veränderung nach oben oder unten im Vergleich zum Anfangsindex oder seinem Äquivalent zu verzeichnen, so werden der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie proportional angehoben bzw. herabgesetzt;
- c) Anhebung oder Herabsetzung erlangen mit Fälligkeit der Jahresprämie Gültigkeit.

2. Sollten infolge der Indexveränderung der Höchstbetrag und die Prämie das Doppelte der anfangs festgelegten Beträge übersteigen, so können sowohl die Gesellschaft als auch der Versicherungsnehmer auf die Anpassung der Police verzichten, und der Höchstbetrag und die Prämie bleiben auf dem Stand der letzten Anpassung.

3. Sollte die Veröffentlichung der Indizes verspätet erfolgen oder ausbleiben, so schlägt die Gesellschaft eine Anpassung entsprechend der allgemein bekannten Preisänderungen seit der zuletzt durchgeführten Anpassung vor.

Art.17 - Steuern und Abgaben

Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit der Prämie, dem Vertrag und den entsprechenden Unterlagen gehen zu Lasten des Versicherungsnehmers, auch wenn sie von der Gesellschaft vorausbezahlt wurden.

Art. 18 - Verweis auf die gesetzlichen Bestimmungen oder Sondervereinbarungen

1. Die vertraglichen Beziehungen werden **ausschließlich durch die vorliegende Police und, soweit darin nicht angegeben, durch die gesetzlichen Bestimmungen geregelt.**

2. Sonderklauseln oder -vereinbarungen sind nur gültig, wenn sie von der Generaldirektion der Gesellschaft genehmigt wurden.



Sonderversicherungsbedingungen

Art. 19 - Versicherte

Die in Art. 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen beschriebenen Leistungen werden zum Schutz der Rechte des Versicherungsnehmers erbracht. Versichert sind außerdem auch der Verwalter, die Miteigentümer und die ins Arbeitsbuch des Versicherungsnehmers eingetragenen Beschäftigten, bezogen auf ihre Haftung im Zusammenhang mit der Durchführung ihrer Aufgaben, sofern es bei den einzelnen Leistungen gemäß Art. 20 ausdrücklich angegeben ist.

Im Falle von Streitigkeiten zwischen Versicherten werden die Leistungen nur zugunsten des Versicherungsnehmers erbracht.

Art. 20 – Versicherte Leistungen PER LINIE Basislinie / Komplettlinie

Die in Art. 1 – Gegenstand der Versicherung – der Allgemeinen Versicherungsbedingungen vorgesehenen Leistungen werden zum Schutz der Rechte der in der Police genannten Eigentümergemeinschaft (Art. 1117 ff. des ital. Zivilgesetzbuches und nachfolgende Gesetze) erbracht. Die Versicherung gilt für:

1. Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten/Zu wider-handlungen. Die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zu widerhandlungen, einschließlich der Fälle von Strafzumessung auf Antrag der Parteien gemäß Art. 444 der italienischen Strafprozessordnung (Absprache im Strafprozess), Unterwerfungsverfahren, Zurücknahme einer Privatklage, Verjährung, Einstellung, Straferlass und Strafnachlass.

Der Versicherungsschutz wird für den Verwalter, für die Miteigentümer, bezogen auf die einzelnen zu Wohnzwecken oder anderweitig genutzten Liegenschaftseinheiten, sowie für die ins Arbeitsbuch des Versicherungsnehmers eingetragenen Beschäftigten erbracht. **Weiter wird der Versicherungsschutz bei der Ausübung ihrer Funktionen für die Miteigentümer erbracht, die zum „Rat der Miteigentümer“ gehören.**

2. Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten. Die Verteidigung in Strafverfahren wegen Vorsatzdelikten, die die Versicherten bei der Ausübung der in der Police genannten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit begangen haben, einschließlich steuer- und verwaltungsrechtlicher Verstöße, **sofern die Versicherten mit einem rechtskräftigen Beschluss freigesprochen werden (Art. 530 Absatz 1 der italienischen Strafprozessordnung) oder sofern die Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit umformuliert wird oder bei Einstellung des Verfahrens wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand. Ausgeschlossen ist die Straftatlöschung aus jeglichem anderen Grund.**

Falls:

- das Urteil am Ende des Verfahrens, auch bei Einstellung und anschließender Wiederaufnahme des Verfahrens, nicht auf Freispruch oder Abstufung des Deliktes von Vorsatz auf Fahrlässigkeit lautet,
- der Versicherte der Gesellschaft nicht innerhalb von maximal 30 (dreißig) Tagen ab Veröffentlichung eine Kopie des Urteils zukommen lässt,

fordert die Gesellschaft vom Versicherungsnehmer die Rückerstattung sämtlicher Kosten, die sie eventuell für seine Verteidigung in sämtlichen Instanzen vorgestreckt hat.

Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 – Ausschlüsse – Buchstabe g) und f).

Der Versicherungsschutz wird für den Verwalter, für die Miteigentümer, bezogen auf die einzelnen zu Wohnzwecken oder anderweitig genutzten Liegenschaftseinheiten, sowie für die ins Arbeitsbuch des Versicherungsnehmers eingetragenen Beschäftigten erbracht. **Weiter wird der Versicherungsschutz bei der Ausübung ihrer Funktionen für die Miteigentümer erbracht, die zum „Rat der Miteigentümer“ gehören.**

Die Versicherungsleistungen gemäß Absatz 1 und 2 des vorliegenden Artikels wirken mit denselben Modalitäten und Bedingungen auch, um die Freigabe beschlagnahmter beweglicher und unbeweglicher Güter zu erhalten, die dem Versicherungsnehmer gehören und die im Rahmen von Strafverfahren für Fahrlässigkeitsdelikte/Zu widerhandlungen oder für Vorsatzdelikte zu Lasten der versicherten Person oder Dritter einer erhaltenden, beweisführenden oder gerichtlichen Beschlagnahme unterzogen wurden, sofern die besagten Güter für die Fortsetzung der versicherten Tätigkeit unverzichtbar sind.

3. Beantragung von Schadenersatz. Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für Sachschäden infolge unerlaubter Handlungen Dritter, einschließlich der Erhebung einer Nebenklage in Strafverfahren zu Lasten Dritter; **in diesem zuletzt genannten Fall ist auch die Abfassung der Klageschrift versichert.**

Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf den Verwalter und die Miteigentümer für Fälle, in denen es um die einzelnen Liegenschaftseinheiten geht, die zu Wohnzwecken oder anderweitig verwendet werden.



4. Vertragsstreitigkeiten. Streitigkeiten wegen mutmaßlicher vertraglicher Nichterfüllung durch den Versicherten oder die Gegenpartei, im Zusammenhang mit der in der Police angegebenen Eigentümergemeinschaft, sofern der **Streitwert über € 500 (fünfhundert)** liegt.

4.1 Der Versicherungsschutz wird für die einzelnen Miteigentümer erbracht, die auf die Verwendung der Zentralheizung verzichten, bei Vertragsstreitigkeiten mit dem Lieferanten des Brennstoffes, der zur Beheizung der einzelnen Wohneinheit notwendig ist.

4.2 Der Versicherungsschutz wird zugunsten der Eigentümergemeinschaft erbracht bei Streitigkeiten mit dem Unternehmen, das zur Renovierung gemeinschaftlich genutzter Immobilienteile beauftragt ist, mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 5.000 (fünftausend) pro Versicherungsfall, unter Beibehaltung der in der Police angegebenen Obergrenze pro Jahr. Dieser Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 Buchstabe i).

5. Arbeitsstreitigkeiten. Einzelstreitigkeiten im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen zwischen dem Versicherungsnehmer und seinen Beschäftigten, die für die Aufsicht, die Instandhaltung und/oder den Betrieb der Eigentümergemeinschaft zuständig sind.

6. Streitigkeiten zur Eintreibung der Eigentümerbeiträge. Streitigkeiten zur Eintreibung der Beiträge der Eigentümergemeinschaft von säumigen Miteigentümern, sofern der **Streitwert über € 500 (fünfhundert)** liegt. **Die Gesellschaft prüft zunächst die Ordnungsmäßigkeit der Schadensmeldung und führt dann auf dem außergerichtlichen Wege jegliche Maßnahme zur Eintreibung der Außenstände durch, sofern objektive Erfolgchancen bestehen.**

SOLO PER LINEA BASE

Der vorliegende Versicherungsschutz wird beschränkt auf 2 (zwei) pro Jahr eintretende Schadensfälle und mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 5.000 (fünftausend) für jeden Versicherungsfall gewährt.

7. Streitigkeiten wegen Verstößen gegen die Hausordnung oder gegen Gesetze. Streitigkeiten, die aus Verstößen seitens der Miteigentümer oder Mieter gegen Bestimmungen der Hausordnung oder gegen einschlägige Gesetze entstehen.

Die Gesellschaft übernimmt darüber hinaus die Anwaltskosten für die Eintreibung der Beträge, die von der Eigentümergemeinschaft für die Überprüfung der Anpassung oder der Entsprechung der Anlagen und für die Überprüfung der Benutzbarkeit der Liegenschaftseinheit zur Erstellung des Eigentümerverzeichnisses (RAC) vorausgestreckt wurden, sofern einzelne Miteigentümer die vom Verwalter angeforderten, für das RAC notwendigen Informationen gemäß Art. ZGB nicht geliefert haben.

8. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dinglichen Rechten. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dinglichen Rechten. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf die einzelnen Miteigentümer.

9. Anfechtung von Beschlüssen der Eigentümerversammlung. Abwehr der Anfechtung von Beschlüssen der Eigentümerversammlung, die von einem oder mehreren Eigentümern durch Antrag bei den Justizbehörden vorangetrieben wird.

Der vorliegende Versicherungsschutz wird darüber hinaus der **Eigentümergemeinschaft** gewährt, **um einen Antrag auf Widerruf des Verwalters abzuwehren**, der von einem oder mehreren Miteigentümern bei den Justizbehörden vorgebracht wird. Diese Leistung gilt nur unter der Voraussetzung, dass ein Beschluss der Eigentümerversammlung vorliegt, mit welchem der Verwalter im Amt bestätigt wurde. Im Falle einer gerichtlichen Abberufung des Verwalters wird die Gesellschaft keine Einsetzungsklage gegenüber dem Verwalter führen, um die im gerichtlichen Verfahren zugunsten der Eigentümergemeinschaft bezahlten Beträge zurück zu gewinnen.

10. Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit. Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft gemäß Art. 1917 Absatz 4 des italienischen ZGB zum Rechtsstreit. **Der Versicherungsschutz wird für die Abfassung der Beziehungsschrift und mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 1.000 (eintausend) gewährt.**

Die Beziehung zum Rechtsstreit **ist nicht abgedeckt, wenn die Haftpflichtversicherungspolice nicht aktiviert werden konnte:**

- weil die Prämie nicht bezahlt oder die Prämienanpassung nicht vorgenommen wurde;
- weil der Schaden nicht rechtzeitig gemeldet wurde;
- weil der gemeldete Sachverhalt nicht abgedeckt war.

Die Gesellschaft behält sich die Möglichkeit vor, vom Versicherungsnehmer die Dokumentation anzufordern, anhand derer sich die obigen drei Punkte nachprüfen lassen. Sollte einer dieser Fälle festgestellt werden, nachdem die Gesellschaft die Anwaltskosten bereits bezahlt hat, ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, der Gesellschaft sämtliche vorausbezahlten Kosten zurückzuerstatten.

11. Kosten für die Abwehr von Schadenersatzforderungen. Der Versicherungsschutz wird **ausschließlich für die einzelnen Miteigentümer erbracht, um außervertragliche Schadenersatzforderungen abzuwehren, die Dritte wegen**



Körperverletzung an sie stellen, die durch Haustiere im Besitz der Miteigentümer verursacht wurde. Der vorliegende Versicherungsschutz gilt für Versicherungsfälle, die im Miteigentumsareal auftreten.

11.1 Der Versicherungsschutz wirkt im Zweitrisko, d.h. nachdem die Pflichten des Haftpflichtversicherers für Abwehr- und Unterliegenskosten in den Fällen, die durch die Haftpflichtversicherungspolice abgedeckt sind, erfüllt wurden.

11.2 Der Versicherungsschutz wirkt hingegen im Erstrisiko, wenn die Haftpflichtversicherung im spezifischen Fall nicht wirksam ist, d.h. wenn sie den gemeldeten Sachverhalt nicht abdeckt, weil er nicht Gegenstand der Deckung ist, weil er ausdrücklich aus der Deckung ausgeschlossen ist oder weil die Schadenhöhe unter dem in der Police festgelegten Freibetrag liegt.

Der Versicherungsschutz wirkt außerdem im Erstrisiko, falls es keine Haftpflichtversicherungspolice gibt.

11.3 Wenn eine Haftpflichtversicherungspolice unterzeichnet wurde, ist der vorliegende Versicherungsschutz nur dann wirksam, wenn eine Stellungnahme seitens der Haftpflichtversicherungsgesellschaft über die Abdeckung des Schadens vorliegt.

11.4 Der Versicherungsschutz wirkt nicht, wenn:

- der Haftpflichtversicherer den Schaden abdeckt, aber nicht die Anwaltskosten für die Abwehr von Schadenersatzansprüchen. Zum Beispiel weil der Haftpflichtversicherer daran kein Interesse hat oder wegen Verletzung der vereinbarten Vorgehensweise im Streitfall;
- die Haftpflichtversicherungspolice nicht aktiviert werden kann, weil die Prämie nicht bezahlt und/oder nicht angepasst wurde,
- wenn der Schaden dem Haftpflichtversicherer nach Ablauf der Verjährungsfristen gemeldet wurde.

11.5 Der Versicherungsschutz ist hingegen dann gültig, wenn der Haftpflichtversicherer kein Interesse an der Abwehr der Ersatzansprüche Dritter hat, da sein Höchstbetrag zur Schadenregulierung ausgeschöpft ist.

11.6 Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 2., Absatz 2.

Der Versicherungsschutz wirkt außerdem für Streitigkeiten zwischen Versicherten, in Abweichung von Art. 19.

12. Sicherheitspaket. Im Falle von Beanstandung einer Nichteinhaltung der Pflichten und Auflagen aus den im Folgenden genannten gesetzlichen Bestimmungen, gelten die in Art. 1 – Gegenstand der Versicherung – genannten Versicherungsleistungen:

- a) für die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen;
- b) für die Verteidigung in Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung oder fahrlässiger Körperverletzung (Art. 589 – 590 des italienischen Strafgesetzbuches);
- c) für die Einlegung von Einspruch oder von Rechtsmitteln gegen verwaltungsbehördliche Verfügungen, gegen verwaltungsrechtlich verhängte Geldstrafen **in Höhe von mindestens € 250,00 (zweihundertfünfzig)** und gegen sonstige verwaltungsrechtliche Sanktionen.

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 - Ausschlüsse - Buchstabe b) beschränkt auf Verwaltungssachen.

12.1 Gesetzesverordnung 81/2008 und Gesetzesverordnung 106/2009 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz**:

Die Leistungen werden zum Schutz der Rechte des Versicherungsnehmers erbracht, wenn er **Auftraggeber der Arbeiten** ist, und für seine Mitarbeiter in ihrer Eigenschaft als *Verantwortlicher der Arbeiten, Koordinator für die Planung, Koordinator für die Durchführung der Arbeiten, Gesetzliche Vertreter, Führungskräfte, Leiter, zuständiger Arzt, Verantwortliche für Prävention, Arbeitnehmer*.

Mit Ausnahme der gesetzlichen Vertreter sind die Versicherten **nur als Beschäftigte des Versicherungsnehmers versichert**.

Der Versicherungsschutz gilt auch, wenn der Versicherungsnehmer, im Zusammenhang mit der durchgeführten Tätigkeit, *Auftraggeber* für die Arbeiten gemäß GVO 81/08 und gemäß der ergänzenden und korrigierenden Bestimmungen aus der GVO 106/2009 ist.

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 - Ausschlüsse – Buchstabe h) und i) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Kauf bzw. Verkauf und der Inzahlungnahme von Immobilien oder mit der Restaurierung und Sanierung, dem Um- und Neubau von Gebäuden, einschließlich damit zusammenhängende Streitigkeiten über die Lieferung und den Einbau von Materialien und/oder Anlagen.

12.2 Gesetzesverordnung 152/06 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema Umweltschutz.

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in teilweiser Abweichung von Art. 21 - Ausschlüsse - Buchstabe f).

12.3 Gesetzesverordnung 196/03 sowie nachfolgende Bestimmungen und Regelungen zum Thema **Datenschutz**.

Die Leistungen werden zum Schutz der Rechte der Versicherten erbracht in ihrer Eigenschaft als:

- Inhaber der Datenverarbeitung;
- Verantwortliche und Sachbearbeiter der Datenverarbeitung.



Der Versicherungsschutz gilt auch für:

- die Verteidigung in Strafverfahren wegen Vorsatzdelikten, die in der GVO Nr. 196/03 vorgesehen sind, mit den Modalitäten, wie sie in Punkt 2 des vorliegenden Artikels beschrieben sind. **Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 – Ausschlüsse - Buchstabe g);**

- Verteidigung vor dem Garanten im Falle von Reklamationen, Meldungen und Eingaben. **Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt in Abweichung von Art. 21 – Ausschlüsse - Buchstabe b);**

Verteidigung vor den zuständigen Zivilgerichtsbehörden **sofern die Verpflichtungen des Haftpflichtversicherers gemäß Art. 1917 des italienischen ZGB erfüllt wurden. Der Versicherungsschutz wirkt deshalb im Zweitrisiko, d.h. nachdem die Pflichten des Haftpflichtversicherers für Abwehr- und Unterliegenskosten in den Fällen, die durch die Haftpflichtversicherungspolice abgedeckt sind, erfüllt wurden. In allen anderen Fällen, d.h. wenn keine Haftpflichtversicherungspolice besteht oder wenn die bestehende nicht wirksam ist oder wenn sie aus irgendeinem Grund die Abwehrkosten nicht teilweise oder ganz übernimmt, ist die vorliegende Leistung nicht wirksam.**

Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, die im Zusammenhang mit Ereignissen und/oder Handlungen stehen, die während der Geltungsdauer des Vertrages eingetreten sind, und **die innerhalb einer Frist von 24 (vierundzwanzig) Monaten, nachdem die Versicherten die angegebenen Aufgaben/Funktionen niedergelegt haben, auftreten.**

13. ARAGTEL – Telefonische Beratung

Zu allen Bereichen, die in der vorliegenden Police vorgesehen sind, gibt es einen telefonischen Beratungsdienst unter folgender grüner Nummer:



ARAGTEL steht dem Versicherten mit folgenden Leistungen zur Verfügung:

- Informationen über geltende Gesetze, Verordnungen und Vorschriften;
- Aufklärung über den Inhalt und den Umfang der in der Police vorgesehenen Versicherungsleistungen;
- Information über die Pflichten im Falle des Auftretens vor Gerichtsbehörden.

ARAGTEL ist aktiv

von Montag bis Donnerstag von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
Freitag von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr.

Art. 21 – Ausschlüsse

Kein Versicherungsschutz besteht:

- a) für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Familien-, Erbschaft- und Schenkungsrecht;
- b) in Steuer- und Verwaltungssachen;
- c) für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung sowie Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen. Weiter besteht kein Versicherungsschutz für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen;
- d) für Streitfälle im Zusammenhang mit dem Besitz oder dem Führen von Kraft-, Wasser- oder Luftfahrzeugen;
- e) für vorsätzlich begangene Straftaten der Versicherten;
- f) für nicht-zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung;
- g) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme von Fahrzeugen;
- h) für den Kauf bzw. Verkauf und die Inzahlungnahme von Immobilien;
- i) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, dem Um- und Neubau von Gebäuden, einschließlich damit zusammenhängende Streitigkeiten über die Lieferung und den Einbau von Materialien und/oder Anlagen;
- j) für Streitigkeiten zwischen Versicherten, die nicht Versicherungsnehmer sind;
- k) bei Beitritt zu einer Class Action;
- l) für die Maßnahmen zur Beschaffung der notwendigen Kataster- und/oder Meldedaten zur Führung des Eigentümerverzeichnisses (RAC);
- m) für Streitigkeiten mit der Gesellschaft.
- n) für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.